

Abhandlungen

Galina P. Muraschko, Albina F. Noskowa, Tatjana W. Wolokitina
(Moskau)

Das Zentralkomitee der WKP(B) und das Ende der "nationalen Wege zum Sozialismus"¹

Das Konzept der Volksdemokratie und darauf aufbauend das der "nationalen Wege zum Sozialismus" basierte auf den von Georgi Dimitrow auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (Komintern) 1935 vorgetragenen Überlegungen über die "Regierung der Einheitsfront". Für den Generalsekretär der Komintern war die Beteiligung von Kommunisten an Koalitionsregierungen nicht als eine Form der Stützung der bürgerlichen Demokratie gedacht, auch stellte sie keine friedliche Form des Überganges von der bürgerlichen zur proletarischen Diktatur mit einer selbständigen Übergangsphase dar; sie war lediglich der Ausdruck eines machtpolitischen Zwischenzustands, in dem die Bourgeoisie nicht mehr, die kommunistische Partei noch nicht allein regieren könne. Angestrebt und weitgehend auch erreicht wurde mit dieser Konzeption eine größere taktische Selbständigkeit der kommunistischen Parteien. Faktisch entstand die "Demokratie neuen Typs" bereits mit dem Eintritt der Kommunisten in die spanische Regierung 1936. In den Programmen der kommunistischen Parteien wurde 1942/43 das Nachkriegsziel der "neuen" oder der "wirklichen" Demokratie proklamiert; der Begriff "Volksdemokratie" wurde dann beispielsweise von Wladyslaw Gomulka im Oktober 1944 oder von Klement Gottwald im Juli 1945 zum ersten Mal zur Charakterisierung der ökonomischen, sozialen und politischen Prozesse in ihren Ländern verwendet.

Der Volksdemokratie inhärent waren nach Kriegsende Vorstellungen über "besondere", also vom sowjetischen Modell abweichende, nationale Wege zum Sozialismus. Als theoretische Konstrukte, die sie geblieben waren, berücksichtigten sie evolutionäre demokratische Sozialismus-Konzepte der politischen Konkurrenten der Kommunisten genauso, wie das

1 Aus dem Russischen von Gisela Vogel (Berlin) und Alexander Ungemach (Mannheim).

volksdemokratische Modell zu Anleihen bei konkordanzdemokratischen Programmen "bürgerlicher" Demokraten bereit war. Als erste Partei trat nach Kriegsende die KPD im Herbst 1945 mit unbestimmten Vorstellungen von einem "besonderen deutschen Weg" auf. Dimitrow sprach im Februar 1946 von einem "bulgarischen Weg" zum Sozialismus, den er im Juli 1947 dahingehend präziserte, daß die Diktatur des Proletariats vermieden werden könne. Nachdem sich Stalin im August 1946 ebenfalls für einen Pluralismus der sozialistischen Wege ausgesprochen hatte, traten alle kommunistischen Parteien mit ähnlichen Vorstellungen an die Öffentlichkeit.

Die vorgestellten Dokumente aus Moskauer Archiven, die für westliche Forscher bislang verschlossen waren, belegen zum einen, daß die nationalkommunistischen Vorstellungen innerhalb der Parteien durchaus umstritten waren und zum anderen, daß Moskau schon früher als bislang aufgrund der öffentlichen Erklärungen angenommen worden war, auf organisatorische Homogenisierung und politische Disziplinierung zumindest der europäischen kommunistischen Parteien hingearbeitet hatte. Die Bildung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) im September 1947 stellte so gesehen weniger einen Anfang, sondern bereits einen ersten Höhepunkt in der Gleichschaltung der kommunistischen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg dar.

Die Redaktion

Das der Aufmerksamkeit des Lesers gebotene Material soll dazu beitragen, eine Lücke in der Quellenforschung zur Nachkriegsgeschichte zu schließen. Der Artikel basiert auf einer Reihe von Dokumenten, die im Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und die Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (im weiteren: RZAEDNG) eingesehen wurden. Die Autorinnen wählten die Methode der fragmentarischen Publikation der Dokumente, wo-bei Kürzungen nicht zu vermeiden waren. Gleichwohl vermitteln sie einen authentischen Einblick in die Materialien, die von den Mitarbeitern der Abteilung Außenpolitik beim ZK der WKP(B) für das Sekretariat des ZK angefertigt wurden. Sie waren in einzelnen Fällen nur einem kleinen Führungskreis zugänglich, den sog. "Sieben", d.h. J. W. Stalin, W. M. Molotow, A. A. Schdanow, L. P. Berija, A. I. Mikojan, G. M. Malenkow und A. Wosnessenskij. Es sind ohne Zweifel Dokumente zweiten Ranges, sie vermitteln aber eine Vorstellung vom Charakter der Informationen, die die Führung im ZK der WKP(B) erhielt, vom Niveau der Situationsanalyse in den osteuropäischen Ländern und von dem Grad der Objektivität bei der Betrachtung von Ereignissen und auch einzelner Personen in diesen Ländern. Dies ist insofern interessant und wichtig, als die sowjetische Führung auf der Grundlage dieser Materialien oft Beschlüsse faßte. Nicht selten offenbarten diese Überlieferungen ferner vorherrschende Tendenzen. Denn ihre Autoren reagierten sensibel auf die Veränderungen von Stimmungen und Bewertungen der Sachlage durch die oberen Kreise der Macht.

Die ersten Anzeichen eines kritischen Verhaltens des Apparats des ZK der WKP(B) gegenüber der Konzeption der "nationalen Wege zum Sozialismus" gehen auf den Beginn des Jahres 1947 zurück. Als der tschechoslowakische Kommunist Z. Reichel im Oktober 1946 an die Adresse Stalins ein Schreiben mit dem Vorschlag gerichtet hatte, die Komintern wie-

der ins Leben zu rufen,² fertigten die Mitarbeiter der Abteilung, W. Moschetow und I. Medwedew, einen besonderen Vermerk mit einer Anlage für M. A. Suslow an. Sie vermerkten die vereinfachte Herangehensweise Z. Reichels und stellten zugleich fest, daß die Idee der Erneuerung der Komintern "ohne Zweifel das Bestreben eines gewissen Teils unter den Kommunisten im Ausland ist, um Antworten auf die sie bewegenden Fragen zu finden". Unter diesen Fragen wurden die "Diskussionen über die Revolution, über den Sozialismus und über die Aktualität des Marxismus" besonders hervorgehoben. Die Verfasser des Vermerks brachten die Situation damit in Zusammenhang, daß in viele kommunistische Parteien des Westens "in der letzten Zeit neue Leute gekommen sind, die auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Theorie ungenügend ausgebildet sind; doch die gegenwärtige historische Entwicklung regt bestimmte Kreise in den kommunistischen Parteien an, einige Momente der gegenwärtigen Wirklichkeit selbständig zu durchdenken. Zur Unterstützung der kommunistischen Parteien des Auslands wäre es daher von großer Bedeutung, die oben erwähnten Fragen kritisch zu betrachten und die Gesichtspunkte unserer Partei dazu darzulegen".³

Die zu diesem Papier erstellte Anlage verweist darauf, daß die eigenen, "nationalen Wege zum Sozialismus" am konkreten Beispiel der KPČ zum "Objekt kritischer Betrachtung" geworden waren. Dem Vorsitzenden dieser Partei, K. Gottwald, wurde vorgeworfen, daß der von ihm vertretene "Standpunkt eines spezifisch tschechoslowakischen Weges zum Sozialismus" unweigerlich mit den Thesen von einem "eigenen Weg", von einem "eigenen Sozialismus" gleichgesetzt werde, die von den Funktionären und der Presse der tschechoslowakischen bürgerlichen Parteien aufgestellt würden.⁴ Als Begründung für den Vorwurf des Abweichens vom Marxismus diene die Rede Gottwalds vom 25. September 1946 auf dem Plenum des ZK der KPČ und dabei konkret seine Erklärung: "Wie die Erfahrung gezeigt hat und wie es uns die Klassiker des Marxismus-Leninismus lehren, gibt es nicht nur einen Weg zum Sozialismus - den Weg über die Diktatur des Proletariats und die Räte. Bei einer bestimmten Gruppierung der internationalen und der inneren Kräfte gibt es noch einen *neuen Weg* zum Sozialismus. Nach der Zerschlagung des Faschismus, nach dem Sieg, welcher so viele Opfer forderte, der in vielen Staaten den herrschenden Klassen die Maske vom Gesicht riß und bei den Volksmassen den Glauben an ihre eigene Kraft erhöhte, traten ein neuer historischer Weg und neue Möglichkeiten hervor. Das gilt auch für uns".⁵

Moschetow und Medwedew konnten nicht wissen, daß Gottwald den Mitgliedern des ZK der KPČ lediglich den Inhalt seines Sommergesprächs mit Stalin wiedergegeben hatte, woraufhin der tschechoslowakische Kommunistenführer trotzdem von ihnen kritisiert wurde. Zweifelsohne markiert das vorgestellte Dokument die einsetzende Wende in der politischen Linie der Führung der WKP(B).

Zum Verständnis der Ursachen für diese Wende hat ein von Schdanow verfaßter Brief des ZK der WKP(B) an das ZK der KP Frankreichs eine große Bedeutung. Das Schreiben ent-

2 Der Brief von Z. Reichel, einem einfachen Mitglied der Prager Organisation der KPČ, war im Namen einer Gruppe tschechischer Kommunisten geschrieben worden. Dem Brief war ein umfassendes Memorandum zur Erneuerung der Komintern als internationale Rechtsinstanz beigelegt. Vgl. RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 903, Bl. 75-88.

3 Ebenda, Bl. 90.

4 Ebenda, Bl. 94.

5 Ebenda, Bl. 95.

hält die Bitte um Information über die neue, für die Kommunisten Frankreichs ungünstige Situation, welche sich nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung ergeben hatte: "ZK der Französischen KP. An Genossen Thorez. Lieber Genosse! Das ZK der WKP(B) ist über die letzten politischen Ereignisse in Frankreich besorgt, in deren Ergebnis die französischen Kommunisten nicht mehr in der Regierung vertreten sind. Die Werktätigen der Sowjetunion wenden sich mit zahlreichen Bitten an uns und verlangen Aufklärung darüber, was in Frankreich geschehen ist. Die sowjetischen Arbeiter sind durch die einschneidende Veränderung der politischen Lage und durch die Wechselbeziehung der Kräfte in Frankreich zu Ungunsten der KP beunruhigt; die politischen Folgen des Vorgegangenen erschüttern sie. Angesichts ungenügender Information fällt es uns schwer, ihnen eine klare Antwort zu geben.⁶ Die Nachrichten, die aus der französischen Presse kommen, sind widersprüchlich und unzureichend.⁷

Viele denken, daß die französischen Kommunisten ihre Handlungen mit dem ZK der WKP(B) abgesprochen haben. Sie wissen selbst, daß das nicht wahr ist, daß die von Ihnen unternommenen Schritte für das ZK der WKP(B) völlig unerwartet sind. Aus all dem wird Ihnen klar, wie sehr wir Ihrer Information bedürfen, welche uns die Möglichkeit gäbe, die neue Lage zu erklären, die sich in Frankreich und in der KP herausgebildet hat, die Taktik der Partei zu verstehen und unsere Arbeiter betreffs der Perspektiven der KP Frankreichs zu orientieren. Wenn Sie einverstanden sind, so⁸ würden wir Sie⁹ um Informationen bitten. Mit kommunistischem¹⁰ Gruß, im Auftrag des ZK der WKP(B), Schdanow¹¹. Sekretär des ZK."

Diesem Brief wurde offensichtlich in der Führung des ZK der WKP(B) große Bedeutung beigemessen, deshalb war vorgesehen, seinen Inhalt über die sowjetischen Botschaften den höchsten Führungsspitzen der kommunistischen Parteien Osteuropas (mit Ausnahme Albanien und Polens¹²) und der USA bekanntzugeben. Den Botschaftern der UdSSR in den entsprechenden Ländern wurde von Schdanow eine Instruktion gegeben, die von Molotow unterzeichnet war. Nach Jugoslawien wurde sie von Moschetow zugestellt, nach Bulgarien durch F. Konstantinow, nach Rumänien durch Norowkow, in die Tschechoslowakei durch P. Guljajew und nach Ungarn durch G. Korotkewitsch.¹³ Als Beispiel führen wir den Text

6 In der ursprünglichen Fassung des Textes hieß es: "Wir wissen nicht, wie wir ihnen antworten sollen, weil für uns selbst nicht klar ist, was in Frankreich vorgegangen ist.[...] Für das ZK der WKP(B) war die Kehrtwendung der Verhältnisse und der Wechselbeziehung der Kräfte in Frankreich in eine für die KP ungünstige Richtung völlig unerwartet". RZAEDNG, Fonds 77, Bestand 3, Mappe 89, Bl. 3.

7 Gestrichener Text: "und tragen deshalb keinerlei Klarheit hinein". Die in den Originaldokumenten vorhandenen Absätze werden im folgenden jeweils beibehalten, Unterstreichungen in Kursivschrift wiedergegeben.

8 Gestrichener Text: "Sie denken, das ist wichtig".

9 Gestrichener Text: "so schnell wie möglich".

10 Gestrichener Text: "brüderlichen".

11 Gestrichener Text: "Suslow".

12 Offenbar wurde dieses Papier nicht nach Polen gesandt, weil sich die Lage nach den Wahlen zum Sejm im Januar 1947 stabilisiert hatte, und weil die Frage nach dem Ausscheiden der KP aus dem Machtapparat nicht einmal theoretisch gestellt wurde. In Albanien, das sich unter vollem militär-politischem Einfluß Jugoslawiens befand, konnte sich die sowjetische Seite offensichtlich eine unerwünschte Wende nicht vorstellen.

13 RZAEDNG, Fonds 77, Bestand 3, Mappe 89, Bl. 5.

an, der dem Botschafter der UdSSR in Jugoslawien gesandt wurde: "Jugoslawien. Gen. Lawrentjew. Sie erhalten durch den Gen. Moschetow die Kopie eines Schreibens des ZK der WKP(B) an das Zentralkomitee der Französischen Kommunistischen Partei. Machen Sie bei der nächstmöglichen Gelegenheit den Gen. Tito mit dieser Kopie bekannt. Tito kann handschriftliche Notizen aus dem Brief machen, muß Ihnen aber das Original zurückgeben, das Sie sofort vernichten.

Wenn Tito irgendwelche Bemerkungen macht, so schicken Sie die Information darüber auf demselben Wege nach Moskau, wie Sie diesen Brief erhalten haben. Bestätigen Sie den Erhalt. Ausführung per Telegraph. W. Molotow, 7. Juni 1947."¹⁴

In den Archiven der Abteilung Außenpolitik konnten wir ein Dokument finden, das die unmittelbare Reaktion des rumänischen KP-Führers G. Gheorghiu-Dej auf den Brief des ZK der WKP(B) wiedergibt. Es handelt sich um eine Notiz Norowkows vom 13. Juni 1947, die an den stellvertretenden Leiter der Abteilung Außenpolitik L. Baranow gerichtet ist. Darin heißt es: "Als ich am 10. Juni d. J. in Bukarest angekommen war, händigte ich 30 Minuten später dem Botschafter der UdSSR, Gen. Kawtaradze, das Paket aus. G. Dej war zu dieser Zeit in Belgrad.

Am 11. Juni kam G. Dej vormittags in die Botschaft und las sich das Dokument, das ich mitgebracht hatte, durch. Ich war nicht zugegen.

Noch am selben Tag, eine Stunde später, hatte ich ein 45-minütiges Gespräch mit Gheorghiu-Dej. Soweit ich beobachten konnte, war er durch irgend etwas beunruhigt und kam zweimal auf das bei Kawtaradze durchgelesene Dokument zurück.

Das erste Mal sagte er bei unserem Gespräch: 'Wir dürfen das, was bei den Franzosen geschehen ist, nicht zulassen'. Dann, als wir die Lage der Partei erörterten, kam er nochmal auf das Dokument zurück und, als wäre ihm etwas eingefallen, sagte: 'Die Partei erstarkt, und bei uns wird so etwas wie bei den anderen nicht geschehen'. Da ich mich über diese Frage nicht unterhalten sollte, bin ich beide Male nicht darauf eingegangen. Die schriftlichen Anmerkungen von G. Dej wurden von mir am 13. Juni d. J. an Sie ausgehändigt."¹⁵

Über ähnliche Dokumente aus anderen Ländern verfügen wir nicht. Doch es gibt andere, chronologisch in diesen Zeitabschnitt gehörende Überlieferungen, aus denen die Stimmung in den Parteiführungen ersichtlich wird. So trat am 24. Mai 1947 I. Revai, einer der aktiven Parteifunktionäre der KP Ungarns, auf einer Versammlung in Uipest auf und sagte: "Ungarn wird nicht Griechenland sein. Und auch nicht Frankreich. Die Reaktionäre glauben, daß sie für 5 Mill. oder für 30 Mill. Dollar die Kommunisten aus der Regierung werfen können. Das wird nicht geschehen. Die Reaktionäre glauben, daß sich auch in Ungarn ihr Ramadieu fin-det. Sie glauben, daß man die Arbeiter aus der ungarischen Regierung werfen kann. Sie verstehen nicht, daß man Arbeiter aus der Regierung nicht entfernen kann, so wie man sie aus der Demokratie nicht entfernen kann. Die ungarische Arbeiterklasse wird die Verwirklichung solcher dunklen Pläne nicht zulassen."¹⁶

Als sich der ungarische Innenminister, L. Rajk, zur gleichen Zeit, jedenfalls vor dem 16. Mai 1947, in Moskau aufhielt, um in der Abteilung Außenpolitik beim ZK der WKP(B) die Situation im eigenen Lande zu erläutern, äußerte er Zweifel an einer "friedlichen Entwick-

14 Ebenda, Bl. 13.

15 Ebenda, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1081, Bl. 16.

16 Ebenda, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 315, Bl. 69.

lung der ungarischen Demokratie": "Die größte Bedrohung sehe ich in der Entwicklung der Sozialdemokratie, [die] nach rechts [steuert]. [...] Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten Ungarns bestrebt sein werden, den französischen Sozialisten nachzueifern und eine solche Situation herbeizuführen, in der die sozialdemokratische Partei Ungarns sich zwischen den Rechten und den Linken befände und dann die Macht ergriffe. Das ist ein neues Moment. Bisher gingen die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen [...]. Die Masse der Sozialdemokraten ist von dieser Politik noch nicht infiziert. In den Arbeitermassen hat man eine große Abneigung gegen die Reaktion."¹⁷

Die politische Linie der ungarischen KP war für die nahe Zukunft in dem Gespräch vom 21. Mai 1947 zwischen M. Rákosi und L. Baranow festgelegt worden. Rákosi sagte: "Man hat uns geraten, die Linie des verschärften Klassenkampfes ins Auge zu fassen."¹⁸ Am 9. Mai trat ich auf einer Versammlung auf und rief dazu auf, es mögen die Reichen bezahlen. - Ich stellte die Forderung auf, die Reichen zu besteuern [...]; sie sollten im Verlauf von drei Jahren monatliche Abgaben leisten. Wir forderten die Nationalisierung der Banken [...]. Wir haben vor, in naher Zeit Istvan Balog zu entfernen.¹⁹ Einen Anlaß dazu werden wir finden. Balog hat sich bei finanziellen Machenschaften die Hände schmutzig gemacht [...]. Für den Herbst haben wir vor, den Kampf für die Durchführung von Neuwahlen aufzunehmen. [...] Die Lage gestaltet sich äußerst günstig für uns."²⁰

Allem Anschein nach sammelte die ZK-Abteilung Außenpolitik mit Suslow an der Spitze im Frühjahr/Sommer 1947 Material, das als "Beweis" für die Unzweckmäßigkeit der Konzeption der "nationalen Wege zum Sozialismus" unter den neuen politischen Bedingungen in der ersten Hälfte des Jahres in Frage kam. Dokumente solcher Art waren in der Regel für die führenden "Sieben" bestimmt. Deshalb kann man annehmen, daß die sowjetische Führung bereit war, diese Konzeption fallenzulassen und deshalb zu diesem Zeitpunkt einzelne Abteilungen des ZK-Apparats auf eine Auswahl von Materialien orientierte, die die Praxis der kommunistischen Parteien Osteuropas diskreditieren sollten. Hierfür ist ein Papier des Leiters der Abteilung Außenpolitik, Guljajew, zur Lage in der Tschechoslowakei kennzeichnend.²¹ Es wurde nach einem Besuch in Prag (12. bis 21. Juni 1947) erstellt.²² Zur Situation im Lande wußte er zu berichten, daß sie "durch einen verschärften Kampf zwischen den Parteien und durch eine Aktivierung der reaktionären Elemente, welche von den Angelsachsen unterstützt werden, charakterisiert ist. Ihr Auftreten trägt deutlich antikommunistischen und antisowjetischen Charakter unter Lobpreisung nicht vorhandener Verdienste der Amerikaner bei der Befreiung der Tschechoslowakei und unter Hervorhebung der Vorzüge der

17 Ebenda, Bl. 21f.

18 Aus dem Text der Unterredung geht nicht hervor, wer diesen Rat gegeben hat. Doch wenn man berücksichtigt, daß Rákosi im April 1947 in Moskau war, um die "Meinung zu einer Reihe von Fragen einzuholen und um Hilfe bei der Lösung einiger Probleme" zu bitten (ebenda, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1019, Bl. 3), und daß er sich mit Molotow getroffen hat, dann kann die Quelle dieses Ratschlags bestimmt werden.

19 Istvan Balog war ein Führer der Partei der Kleinbauern.

20 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 315, Bl. 54-56.

21 Vgl. RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1083, Bl. 214-220.

22 Wahrscheinlich war die Reise Guljajews mit der Übergabe des oben erwähnten Papiers des ZK der WKP(B) an den Botschafter W. Sorin und an K. Gottwald verbunden.

amerikanischen und englischen Demokratien [...].²³ Die Propaganda der Kommunisten, die die Reaktion auch ihrer ausländischen Freunde enthüllen, ist noch zurückhaltend. Die kommunistische Partei schätzt den Schaden, der ihr von seiten feindlicher Propaganda und durch das massenhafte Auftreten reaktionärer Parteien zugefügt wurde, nicht immer in der nötigen Weise ein".²⁴

In einem Abschnitt des Papiers, das speziell der Analyse der Tätigkeit der KPČ gewidmet ist, wurden die Schwachstellen der Partei und ihrer Führung definiert:²⁵ "Die Frage der Schaffung einer Kaderpartei als vorrangige Aufgabe wurde durch die Führung noch nicht gestellt [...].²⁶ Gottwald erklärte, daß die politische Hauptaufgabe der Partei in der Erringung der Parlamentsmehrheit bei den nächsten allgemeinen Wahlen besteht. Zu diesem Zweck macht die Partei große Anstrengungen, um die Massen der Wähler auf ihre Seite zu ziehen [...].²⁷ Es fällt auf, daß die Kommunisten noch nicht genügend in den Staatsapparat eingedrungen sind. Die Anzahl der Kommunisten im Staatsapparat ist noch sehr klein, sogar in den Ministerien, die sie leiten."²⁸

Der Autor des Papiers schlußfolgert dann: "So entsteht der Eindruck, daß die Führung der KP ihre Haupttätigkeit auf die Erringung der parlamentarischen Mehrheit konzentriert, wobei sie keine entschlossenen Schritte unternimmt, um die wichtigsten Positionen der Reaktion im Staatsapparat, in der Armee, auf dem Lande, in den Mittelschichten usw. zu zerschlagen. Infolgedessen ist die Millionenpartei mit ihrem gut organisierten Apparat für den entschlossenen Kampf gegen die Feinde der Volksdemokratie nicht im erforderlichen Maße mobilisiert. Sie hat sich noch nicht als eine Partei profiliert, die auf den marxistisch-leninistischen Grundlagen aufgebaut ist. Hier muß man hinzufügen, daß die Parteiführung eine solche Aufgabe an die Partei auch nicht stellt."²⁹

Die Materialien der Abteilung Außenpolitik lassen es nicht zu, das oben angeführte Dokument nur als eine einmalige Episode zu betrachten, die von einer "besonderen" Meinung Moskaus über sein Verhältnis zur KPČ diktiert war. Ähnliches Material traf nämlich am 10. Juni 1947 bei Suslow (ZK der WKP(B)) vom stellvertretenden Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Rumänien, General I. Sussaikow, ein. Es handelte sich um einen ausführlichen Bericht und eine Information, die Sussaikow von E. Bodnăras, Mitglied

23 Der Text über die Anwesenheit von Amerikanern in der Tschechoslowakei und über Kanäle ihres Einflusses auf die Gesellschaft wurde ausgelassen.

24 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1083, Bl. 214f.

25 Die Dokumente bezeugen, daß die Führung der WKP(B) bereits 1945 der KPČ als einer "gemäßigten" Partei, welche zu Kompromissen gegenüber den liberalen Partnern in der Nationalen Front bereit war, beständig und erhöhte Aufmerksamkeit widmete. Vgl. Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation, Fonds 0138, Bestand 27a, Akte 1, Mappe 138a, Bl. 18; ebenda, Bestand 27, Akte 4, Mappe 135, Bl. 1, 4, 9.

26 Ausgelassen wurde die Passage zu Struktur und Tätigkeit der Parteiorganisationen.

27 Die Beschreibung konkreter Maßnahmen wurde ausgelassen.

28 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 114, Bl. 114, 116, 117. Nach Angaben der ZK-Abteilung Außenpolitik waren in sechs von Kommunisten geführten Ministerien 52,5 Prozent der Ressortleiter KP-Mitglieder, bei den Abteilungsleitern waren es mit 24,1 Prozent bedeutend weniger. Eigene Berechnungen nach: RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1083, Bl. 226.

29 Ebenda, Bl. 118. Konkretes Anschauungsmaterial wurde ausgelassen.

des ZK der KP Rumäniens, erhalten hatte. Suslow hielt es für notwendig, beide Dokumente an die "Sieben" weiterzuleiten.

Die Information von E. Bodnăras betraf die Situation in der Führung der KP und die Beziehungen unter den einzelnen ZK-Mitgliedern. Zentrale Figur darin war G. Dej. "Eine Reihe von Fakten", hob insbesondere E. Bodnăras hervor, "spricht dafür, daß mit der Festigung der ökonomischen Beziehungen Rumäniens zu den Anglo-Amerikanern Gheorghiu-Dej sich in bedeutendem Maße von den sowjetischen Repräsentanten in Rumänien trennt, sich mit ihnen selten trifft und einige überhaupt ignoriert.

Dej als Wirtschaftsminister persönlich, aber auch seine Leute (Maurer, Gaston, Zaiger) begannen in Verbindung mit der Notwendigkeit, für Rumänien Getreide zu bekommen, nach ihrer Rückkehr aus Moskau im Januar dieses Jahres Verhandlungen mit hiesigen anglo-amerikanischen Vertretern und gingen dazu über, sich mit ihnen übermäßig oft zu treffen, Empfänge durchzuführen und Einladungen auszusprechen usw. [...].³⁰ Das alles führte dazu, daß Dej sich in einer Situation wiederfand, den Anglo-Amerikanern für ihre Liebenswürdigkeit und Aufmerksamkeit ihm gegenüber in gewisser Weise verpflichtet zu sein, besonders aber aufgrund der Abhängigkeit von ihrer wirtschaftlichen Hilfe, zumal bei den rumänischen Vertretern der Eindruck erweckt wird, daß man bereit ist, Rumänien sehr entgegenzukommen.

Auf Dejs Umkreis haben verschiedene 'Wirtschaftsfachleute' aus dem Wirtschaftsministerium und aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten großen Einfluß, da sie bestrebt sind, Dej ihre eigene Konzeption in Fragen der Wirtschaftsbeziehungen Rumäniens zur UdSSR und ihren Verbündeten aufzuzwingen. Der Führer dieser UdSSR-feindlichen Konzeption ist Maurer, ein politisch instabiler Mensch mit Wurzeln im Bürgertum (Rechtsanwalt) und mit einer ungenügend loyalen Einstellung zur UdSSR, obwohl er doch einer der verantwortlichen Vertreter der KP Rumäniens ist.

Dej und seine Leute betrachten die Fragen der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR oft mit den Augen dieser Spezialisten. Besonders gefährlich ist hierbei Maurer, der bei Gheorghiu-Dej großes Vertrauen genießt und entsprechenden Einfluß auf ihn hat."³¹

Ferner formulierte E. Bodnăras acht Punkte, die das feindliche Verhalten Dejs und Maurers zur UdSSR und zum Kurs der sowjetischen Regierung beweisen sollten. Sie betrafen das angeblich kritische Verhältnis Gheorghiu-Dejs zu der Anwesenheit sowjetischer Truppen in Rumänien, was die ohnehin schwere wirtschaftliche Lage des Landes belaste, ferner die Tätigkeit der Sowrom³² und die nach der Meinung von Bodnăras manipulierte Bewertung einzelner sowjetischer Repräsentanten in Rumänien, was nicht mehr und nicht weniger mit Widerstand des rumänischen Führers gegen die Interessen der UdSSR gleichzusetzen ist. Bodnăras charakterisierte deutlich die Absicht Gheorghiu-Dejs und besonders Maurers, die Beziehungen zu den Anglo-Amerikanern auszubauen, noch dazu ohne "klar abgesteckte Grenzen" der Zusammenarbeit. Dabei sei Dej angeblich in eine Konfrontation mit den Mitgliedern des ZK A. Pauker, V. Luca und mit Bodnăras selbst geraten, die besorgt waren, daß Dej "in seinen Beziehungen zu den Anglo-Amerikanern überflüssig weit geht". Diese Schlußfolgerung bekräftigte Bodnăras zusätzlich durch eine für Dej unheilvolle Mitteilung,

30 Die Beschreibung einiger Treffen wurde hier ausgelassen.

31 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1080, Bl. 11f.

32 Sowrom - Sowjetisch-rumänische Gemeinschaftsbetriebe, eingerichtet auf der Basis des früheren deutschen Eigentums in Rumänien.

wonach eine geheime Information aus der Führung der KP Rumäniens in den Besitz des englischen Botschafters in Bukarest, A. Hollmann, gelangt sei.

Aus der Darstellung wurde deutlich, daß Hollmann G. Dej als "nationalen", aber nicht als "internationalen Kommunisten" schätzte, weil dieser bei einem Gespräch mit Dej in Moskau³³ erklärt hatte, daß eine kommunistische Partei eine "Klassen- und nicht eine Rassenpartei" sein solle. Am Schluß seiner Information hob Bodnăras hervor: "Die angeführten Fakten müssen als sehr ernstes Signal verstanden werden, weil wir es hier mit einer bestimmten Abweichung Dejs von der richtigen politischen Linie zu tun haben, und weil es im Gegenzug den Beginn einer gefährlichen Neigung hin zu den Anglo-Amerikanern gibt, was unverzügliche und radikale Maßnahmen erforderlich macht."³⁴

Als Sussaikow diese Denunziation von Bodnăras nach Moskau sandte, nahm er zu den darin enthaltenen Beschuldigungen Stellung: "Eine Reihe von Momenten, die sich auf die Stimmungen und das Verhalten Dejs beziehen, sind zu sehr verdichtet, und deshalb spiegeln die Schlußfolgerungen des Autors die Wirklichkeit nicht in vollem Maße wider. Das betrifft folgende kategorische Behauptungen des Autors: das Abweichen Dejs von den sowjetischen Repräsentanten; daß Dej den Hauptgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage in der Anwesenheit der sowjetischen Truppen und in der Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen sieht; daß nach Dej die Sowjetunion nicht in der Lage ist, die ökonomischen Bedürfnisse Rumäniens zu befriedigen, und er sich deshalb auf die Anglo-Amerikaner einließ usw."

Zwischen Dej und Maurer wird im Dokument kein besonderer Unterschied gemacht. Ja, vieles, was Maurer betrifft, wird Dej zugeschrieben. Das ist nicht ganz richtig. Aber ungeachtet einer Reihe Ungenauigkeiten ist das Dokument von besonderem Interesse, weil es von einem Mitglied des ZK kommt und das Dargelegte offensichtlich nicht die persönliche Meinung des Autors wiedergibt. Es weist vielmehr auf das Vorhandensein bestimmter Differenzen innerhalb des ZK mit der von Dej verfolgten Linie und mit seinem Verhalten hin, das bei Verhärtung zur Bildung einer Opposition führen könnte, und daß Dej jetzt schon Anhänger und Gegner seiner Linie hat.

Was das Dokument sehr deutlich widerspiegelt, ist eine gewisse Isolation Dejs vom Politbüro und vom ZK-Sekretär. "Dej hält es nicht immer für nötig, sich mit den Mitgliedern des Politbüros und den Sekretären des ZK zu beraten, nicht einmal die prinzipiellen Fragen betreffend und besonders die wirtschaftlichen Fragen [...].³⁵ Daraus ergibt sich die Befürchtung, daß er, wenn wir Dej vermindert Aufmerksamkeit schenken, die übrigen Mitglieder des Politbüros gegen sich aufbringen kann, da er in seiner praktischen Tätigkeit und besonders in wirtschaftlichen Fragen nur auf Menschen aus seinem Umkreis und seinem Ministerium setzt. Es gibt Grund zur Annahme, daß Maurer negativen Einfluß auf Dej hat, darum ist die Ansicht Anas [Pauker, die Verf.], Teohari Gheorghescus und Lucas begründet, man solle Maurer in den diplomatischen Dienst schicken, um ihn von Dej zu entfernen."³⁶

Und so war das Mißtrauen geweckt. Wie die Dokumente zeigen, war die Situation in der Führung der KP Rumäniens für die Mitarbeiter der Abteilung Außenpolitik ab Sommer 1947

33 Offensichtlich geht es um eines von zwei Gesprächen Stalins mit G. Dej, die Ende Januar/Anfang Februar 1947 stattgefunden haben.

34 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1081, Bl. 11-15.

35 Der Text, der diese Schlußfolgerung konkretisiert, wurde hier weggelassen.

36 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1081, Bl. 9f.

Gegenstand erhöhter Aufmerksamkeit geworden. Eine gewisse Unruhe war durchaus angebracht, denn zu dieser Zeit nahmen die Differenzen in der Führung der KP Rumäniens zwischen den Anhängern Dejs und den Mitstreitern von Pauker und Luca zu. Als Anlaß dieser verschärften Spannungen dienten die von der Dej-Gruppe erarbeiteten "Vorschläge der kommunistischen Partei zur Verbesserung der ökonomischen und finanziellen Lage des Landes". Dieses Dokument wurde von allen Partnern der Kommunisten, die im Block der demokratischen Parteien vereint waren, auch von den Liberalen, angenommen, was die Anhänger Paukers und Lucass ernsthaft beunruhigte.³⁷

Man kann nicht ausschließen, daß die Reise des Referenten der Abteilung Außenpolitik, Lessakow, die er Ende des Sommers nach Bukarest unternahm, mit der Situation in der Führung der rumänischen KP zu tun hatte. Nach der Rückkehr sandte Lessakow einen Informationsbericht an Baranow, der ihn an Schdanow und Suslow weiterleitete. Der Bericht bestand aus vier Teilen, in denen die Meinung von General I. Sussaikow zum Charakter der Differenzen im Sekretariat des ZK der rumänischen KP dargelegt und über den Inhalt der Unterredungen zwischen Lessakow, Dej, Pauker und Luca berichtet wird.³⁸ Was die Position Sussaikows anbelangt, so war diese verglichen mit der vom Juni 1947 im Prinzip unverändert, aber in Bezug auf die Tätigkeit Dejs deutlich zugespitzt. Nun ging es schon um "das Vorhandensein ernster Differenzen zwischen den Sekretären des ZK der RKP [Rumänische KP], speziell zwischen Dej einerseits und Pauker und Luca andererseits".

Als Hauptgrund für die Differenzen wurde "mangelnder Wille Dejs" genannt, "auf den Tagungen des Politbüros die prinzipiellen Fragen zu erörtern sowie die Lösung dieser Fragen selbst in die Hand nehmen zu wollen", und dadurch "Pauker und Luca aus der Führung der Partei wegzudrängen". Als Drahtzieher dieser Linie Dejs wurden Maurer und Zaiger genannt, die als "fragwürdige Mitglieder der Partei"³⁹ bezeichnet wurden.

Noch plastischer zeigte sich der politische Gehalt der Differenzen in den Unterredungen Lessakows mit Pauker und Luca: "Wir möchten", sagte Luca in seinem und Paukers Namen, "daß die Partei das Land und die Ministerien (in denen die Minister Kommunisten sind) leitet, und nicht, daß die Ministerien die Partei leiten, wie das zur Zeit bei uns geschieht."

Luca machte das noch deutlicher: "Im Industrieministerium arbeiten viele bürgerliche Wirtschaftsfachleute, die unter Mitwirkung Maurers die Arbeit des Ministeriums beeinflussen. Im Ministerium für Justiz (Minister ist der Kommunist Pătrăşcanu⁴⁰) gibt es auch viele alte Beamte, die die Arbeit des Ministeriums sabotieren [...]. G. Dej hat bisher gegen Pătrăşcanu nichts unternommen."⁴¹

37 Ausführlicher siehe Wolokitina, T. W./Muraschko, G. P./Noskowa, A. F.: *Volksdemokratie. Mythos oder Realität? Gesellschaftspolitische Prozesse in Osteuropa (1944-1948)*. Moskau 1993, Abschnitt 2, Kap. 4. [russ.].

38 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1081, Bl. 84-88.

39 Ebenda, Bl. 84f.

40 Die Erwähnung von Pătrăşcanu, einem Theoretiker der rumänischen KP, war kaum zufällig. Er war ein aktiver Anhänger einer breiten nationalen Koalition und setzte sich schon zu dieser Zeit dem nachhaltigen Druck der Anhänger des "klassenmäßigen Herangehens" Paukers und Lucass aus. Anfang 1948 fand auf einer Tagung des Politbüros ein "Parteigericht" über Pătrăşcanu statt, das ihn aus dem ZK der rumänischen KP ausschloß und seinen Fall einer besonderen Parteikommission übergab. Vgl. Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation, Fonds 0125, Bestand 36, Akte 11, Mappe 144, Bl. 9-14.

41 Ebenda, Bl. 86.

Als Pauker ihre eigene Position zu den Differenzen zwischen den beiden Gruppen gegenüber Lessakow darstellte, klang das wie folgt: "Sie, die 'nationalen Kommunisten', sollen sich um die Wirtschaft des Landes kümmern, doch die 'Moskauer Gruppe' [d.h. Pauker und Luca, die Verf.] denken mehr an die Sowjetunion." "Pauker meint," schlußfolgerte Lessakow, "daß all die Fehler G. Dejs von einer ungenügenden politischen und gesellschaftlichen Vorbildung herrühren. Es entsteht eine tiefe Kluft zwischen seinen Kenntnissen und jenen Aufgaben, die er heutzutage lösen soll. Durch die Arbeit im Ministerium sehr belastet, beschäftigt er sich fast nicht mit der Partei, ja, tut sogar nichts für die Erhöhung seiner ideellen und politischen Bildung."⁴²

Es ist symptomatisch, daß Dej selbst in einem Gespräch mit Lessakow eine sehr vorsichtige Position einnahm. "Fragen zu Differenzen in der Führung der Partei sprach er nicht an", bemerkte Lessakow, "aber als er vom Kampf gegen die Sozialdemokraten sprach, von ihren Differenzen, sagte Dej, daß es 'bei uns Differenzen gibt und daß wir manchmal raufen'.⁴³

Zu dieser Zeit, im August 1947, konstatierte die sowjetische Führung auch in der Führung der ungarischen KP "nationalistische Abweichungen". Am 8. August 1947 schickte die politische Verwaltung der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte an Baranow eine Meldung folgenden Inhalts: "In voller Orientierung auf die Sowjetunion nimmt die Führung der KP oft eng gefaßte nationalistische Positionen ein und insbesondere falsche Positionen zu Fragen nach den ehemaligen deutschen Vermögenswerten in Ungarn.⁴⁴ [...] Die ungarischen Kommunisten sind da entschlossener als die Vertreter der anderen Parteien, sie sperren sich gegen die Übergabe dieser Vermögenswerte an die Sowjetunion, wobei sie nachweisen, daß das Ungarn ruinieren würde. Oft verfolgen die Kommunisten diese Linie auch in anderen Fragen, die die Interessen der Sowjetunion und Ungarns betreffen (Zahlung von Reparationen, Rückgabe von Versorgungsdarlehen, die die Sowjetunion seinerzeit an Ungarn ausgegeben hatte)."⁴⁵

Erneuten Anlaß zur Kritik an der Konzeption der "nationalen Wege zum Sozialismus" gab die Bildung des Kominform. Bereits auf der ersten Sitzung im September 1947 in Sklarszka Poreba (Schreiberhau, Polen) wurde die bisherige Strategie der kommunistischen Parteien in Bezug auf die demokratischen Blöcke und Koalitionen sowie zu den Verbündeten überdacht. Wie die Vorbereitungsunterlagen zu dieser Sitzung bezeugen, plante die sowjetische Seite einen breiten Fragekatalog zu den Fehlern einiger kommunistischer Parteien. In Konzeptvarianten von Schdanows Vortrag zur internationalen Lage wurden besonders die tschechoslowakischen und jugoslawischen Kommunisten bedacht.⁴⁶ Offensichtlich haben die bereits

42 Ebenda, Bl. 87f.

43 Ebenda, Bl. 88.

44 Auf die Aktiva (140 Mill. Dollar) hatte die UdSSR laut Potsdamer Abkommen ein Anrecht.

45 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 314, Bl. 211.

46 Vgl. RZAEDNG, Fonds 77, Bestand 3, Mappe 90, Bl. 10 und Mappe 94, Bl. 90f. Den Jugoslawen wurden Fehler von "links" unterstellt. Es ging um Kritik an jenen Hilfsmaßnahmen, die die Sowjetunion den Bruderländern erwies, die aber von jugoslawischer Seite als "unzureichend" eingestuft wurden. Vgl. RZAEDNG, Fonds 77, Bestand 3, Mappe 91, Bl. 46f. Was die tschechoslowakischen Kommunisten betrifft, so wurden diese auf der Sitzung gleichfalls kritisiert, wenn auch nur seitens der jugoslawischen und ungarischen Vertreter. Beide Delegationen sprachen sich gegen die tschechoslowakische Variante des "nationalen Weges" zum Sozialismus aus; insbesondere gegen das Prioritätsprinzip der Koalitionsbildung, welches die Schärfe der Klassengegensätze verschleierte. Unvereinbar erschien auch die

oben erwähnten Ereignisse in Frankreich und Italien und vor allem die Wahrnehmung der Gefahren, daß es in einigen Ländern Osteuropas zu einer Art Kettenreaktion kommen könnte, Moskau dazu veranlaßt, sich vor allem auf die Analyse der "Fehler" der kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien zu konzentrieren. Der scharfe, kritische Ton beim Auftreten Schdanows erfaßte auch andere Teilnehmer der Sitzung. In einer der von Schdanow ("Sergej") und Malenkow ("Borissow") an Stalin ("Filippow") gesandten chiffrierten Meldungen, die über den Verlauf der Sitzung am 26. September berichteten, wurde hervorgehoben: "Es traten Vertreter aller Delegationen auf. Alle solidarisierten sich voll mit allen Thesen des Vortrages und erklärten, daß die Analyse der internationalen Lage und die Schlußfolgerungen daraus die Grundlage für die Tätigkeit ihrer Parteien sein muß. Ihre Solidarität mit dem Vortrag begründeten die Delegierten ausführlich und gehaltvoll sowohl mit den Erfahrungen im eigenen Land als auch mit der Entwicklung der allgemeinen Lage. In ihren Beiträgen widmeten sich alle Delegierten in bedeutendem Maße einer kritischen detaillierten Untersuchung der Fehler der französischen und italienischen KP, wobei diese Kritik in einem scharfen Ton vorgetragen wurde und zugleich den Wunsch aller Genossen widerspiegelte, die französischen und italienischen Genossen mögen ihre Fehler in kürzester Zeit ausmerzen. Die Auswertung der Fehler dieser Parteien geschah auf sehr hohem prinzipiellem Niveau. Infolge des Vortrags und der Debatten entstand auf der Sitzung eine Atmosphäre starken moralischen und politischen Drucks auf beide Delegationen."⁴⁷

Die "Reue" der französischen und italienischen Delegierten förderte eine optimistische Einschätzung. Duclos zum Beispiel hielt es für notwendig, in seinem Schlußwort am 28. September seine Dankbarkeit an die Adresse des ZK der WKP(B) sowie an den Vorsitzenden und an die sowjetischen Vertreter persönlich auszusprechen. An Schdanow gewandt, betonte Duclos besonders: "Ich danke ihm dafür, daß er uns geholfen hat, unseren Kompaß neu auszurichten, dessen Zeiger in der letzten Zeit vom richtigen Kurs abgekommen war. Das hätte uns ernsthaft in Gefahr bringen können. Aber nun fahren wir von hier weg, an Stärke und an festem Glauben an unsere Kräfte gewonnen, weil man uns vertraut. Wir fahren von hier weg voller Dankbarkeit für dieses Vertrauen, das uns die Vertreter der WKP(B) und die Genossen der anderen Parteien entgegengebracht haben."⁴⁸

Zu Beginn des Jahres 1948 gelangte jedoch die sowjetische Führung in den Besitz einer Information mit ganz anderem Grundton. Über jugoslawische Kommunisten erhielt die ZK-Abteilung Außenpolitik das Protokoll der Tagung des Politbüros des ZK der französischen KP vom Oktober 1947, das die Ergebnisse der Sitzung in Polen einer Prüfung unterzog. Eine Übersetzung dieses Protokolls "aus dem Serbischen" schickte Suslow an Schdanow, und dieser sandte es an Stalin weiter:

"Übliche Zusammensetzung des Politbüros und Kasanow, Konju, Midol, Bosju und die Direktoren der Kaderausbildungsstätten.

Duclos erklärt, daß Fajon und er zu Beginn der eigentlichen Diskussion nicht wußten, welcher Art ihre tatsächliche Aufgabe ist. Die Diskussion wurde nach dem Willen der sowjetischen Delegierten geführt. Schdanow zeigte sich machthebterisch und diktatorisch. In

"ungerechtfertigt breite" Form der Einheitsfront, die nach den Worten I. Revais sogar für "slowakische Nationalisten" offen war. Vgl. RZAEDNG, Fonds 77, Bestand 3, Mappe 93, Bl. 80.

47 RZAEDNG, Fonds 77, Bestand 3, Mappe 92, Bl. 63.

48 Ebenda, Bl. 67f.

politischer Hinsicht brachte er folgende Beschuldigung gegen die französische und italienische Partei vor. Er sagte, daß das Vorhandensein von Kommunisten in der Regierung oder in der Opposition ein uninteressantes Problem sei, mit dem sich diese Parteien zu intensiv beschäftigten. Das einzige Ziel sei die Zerstörung der kapitalistischen Wirtschaftsform und die systematische Bündelung aller gesunden nationalen Kräfte. Er bestand darauf, daß die Anstrengungen, die auf die Vereinigung der Massen gerichtet sind, nicht ausreichend seien. Dem Kreml würde es in Zukunft gleichgültig sein, ob Kommunisten in der Regierung sind oder nicht, aber die Parteien müssen den Kampf gegen die Hilfe der USA führen, welcher immer möglich ist, müssen die Parteisektionen vergrößern und die Massen vereinen. Er bestand auf der Notwendigkeit, jegliche Stabilisierung der Regierung zu verhindern. Bei der Auswahl der Mittel, die im nationalen Rahmen anzuwenden sind, ließ er uns freie Hand, und er sagte, daß für den Kreml nur das Ziel entscheidende Bedeutung habe. Er räumte ernsthafte Fehler ein, die nach der Befreiung gemacht worden waren, die den Antikommunisten die Möglichkeit verschafften, wieder Regierende zu werden. Er erklärte, daß der Kreml der Meinung sei, daß man Gegnerschaft zwischen einigen französischen Führern nicht dulden dürfe und daß er die Spaltung zwischen der Führung und den Mitgliedern der Partei verurteile, wobei er das als bedauerliche Tatsache bezeichnete. Er bedauerte, daß die Kommunisten nur deshalb in die Opposition gegangen wären, weil die Ereignisse sie dazu gedrängt hätten, und daß die Mitglieder der Partei über die Unruhen im linken Flügel besorgt wären. Er denkt, daß in Zukunft auf keine Verhandlungen mit anderen politischen Parteien mit dem Ziel des Eintritts in die Regierung eingegangen wird, die bisher noch nichts anderes vollbracht hat als das, was einigen ehrgeizigen, ruhmstüchtigen Leuten von Nutzen ist. Schdanow verwies darauf, daß zur Vermeidung von Fehlern der Vergangenheit in Belgrad ein Informationsbüro eingerichtet wird. Dieses Büro wird in Zukunft neue Methoden der Propaganda und der Organisation erarbeiten. Dort werden Mitteilungen über Stoßtrupps und Kaderschulen zusammengefaßt, über die Einteilung und Schaffung von Waffenlagern. Paris und Rom können ihre Vorschläge einbringen, müssen aber den 'Beschlüssen', die im Belgrader Büro gefaßt werden, Folge leisten. Duclos hebt die Bedeutung dieser Frage hervor, weil Moskau die Aktivität der französischen KP vollständig kontrollieren wird [...]. Er fügte hinzu, daß Malenkow die Einschätzung der neuen Situation bestätigte, indem er davon sprach, daß die sozialistischen Parteien in Zukunft nicht darauf hoffen können, die Massen um sich zu scharren, wenn sie sich auf den Marxismus berufen, außerdem wird für die Anarchisten ein Arbeitshindernis geschaffen. Malenkow führte weiter aus, daß der Kreml die Delegierten für das Büro bestätigen muß und daß er [der Kreml, die Verf.] sich das Recht vorbehält, Veränderungen zu fordern.

Duclos und Fajon verbargen ihre Verbitterung nicht. Im Verlauf der Diskussion fügten sie hinzu, daß jedesmal, wenn sie irgendwelche Veränderungen für die Konferenz vorschlugen, sie sich in der Minderheit befanden, so daß sie den Eindruck gewannen, sie würden vor irgendeinem Gericht stehen. Duclos sagte, daß er die Alternative hatte, sich entweder zu unterwerfen oder sich loszusagen. Er sagte, daß die letztere Art der Lösung des Problems offenbar nicht möglich war und daß ein Einverständnis auf parlamentarischem Wege zu erreichen, sehr schwer war. Weiter sagte er, daß die Rückkehr der Kommunisten in die Regie-

rung sogar bei einem Erfolg bei den Wahlen auf einen Kompromiß hinauslaufen wird. Leon Movier und seine Freunde verbargen nicht ihre Genugtuung.⁴⁹

Die prinzipiellen Unterschiede in Duclos' Bewertung der Ergebnisse und des Verlaufs der Sitzung erklären sich nach Worten P. Togliattis in bedeutendem Maße durch die "tiefe traditionelle Ergebenheit in Bezug auf Einheit und Disziplin", welche in jenen Jahren "für die Kommunisten anderer Länder das entscheidende Element ihres Verhaltens war".⁵⁰

Die Bildung des Kominform eröffnete die Etappe der strengen Vereinheitlichung der ideellen Grundsätze der kommunistischen Bewegung. Die Nachkriegstendenz der nationalstaatlichen Einheit, für die die Kommunisten die Konzeption der Volksdemokratie und die "nationalen Wege zum Sozialismus" entwickelt hatten, wurde jetzt zunichte gemacht. Sie wurde vom Klassenstaat der "Diktatur des Proletariats" abgelöst, d.h. die Grundlage einer weiteren Entwicklung sollte eine andere gesellschaftliche Tendenz - die sozialpolitische Konfrontation sein.

Das ZK der WKP(B) verband die Realisierung einer solchen Wende in der Ideologie mit den Veränderungen in der Zusammensetzung der kommunistischen Parteien der Länder Osteuropas und vor allem mit der Entfernung jenes Teils, der die Ideen der "nationalen Wege zum Sozialismus" vertrat und deren aktiver Befürworter er war.

Nach der Konzentration der Machtfülle in den Händen der osteuropäischen kommunistischen Parteien wurde in Moskau das Festhalten an der Idee der "nationalen Wege zum Sozialismus" als eine gewisse Demonstration ihrer Selbständigkeit und als eine Gefahr der Schwächung des sowjetischen Einflusses betrachtet.⁵¹ Im Frühjahr 1948 wurde in der Abteilung Außenpolitik ein ganzer Komplex von Materialien erarbeitet, die offensichtlich für das Sekretariat des ZK der WKP(B) als Begründung für kardinale Veränderungen in der Führung einer Reihe kommunistischer Parteien dienen sollte. Es handelte sich um geheime Dienstpapiere, die Kritik an den Parteien und an der innenpolitischen Situation in vier Ländern - Jugoslawien, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei - übten.⁵² Am 18. März 1948 wurde

49 Es folgen zwei Unterschriften der Protokollanten. Vgl. RZAEDNG, Fonds 77, Bestand 3, Mappe 98, Bl. 2f.

50 Zitat nach Girenko, J. S.: Stalin-Tito. Moskau 1991. S. 323 [russ.].

51 Deutlich wurde dies durch die Reaktion des ZK der WKP(B) auf die Versuche der Führung der KP Ungarns im September 1946, eine Konferenz der Vertreter der kommunistischen Parteien der Donauländer einzuberufen. In Moskau hielt man eine solche Initiative für "nicht zweckdienlich und unerwünscht". Ähnlich war auch die sowjetische Reaktion auf den Vorschlag Rákosis, der Tito und Široký im Februar 1947 darin unterstützte, eine ordentliche Sitzung des Kominform-Büros zu Fragen der Föderation der Balkanländer, der ungarisch-tschechoslowakischen Beziehungen und zum Schicksal der "demokratischen griechischen Regierung unter Markos" einzuberufen. Vgl. RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 916, Bl. 1 sowie ebenda, Mappe 1165, Bl. 59-62.

52 Was Rumänien angeht, so galten die "Analyse" der "Angelegenheit Pătrășcanu" und seine Verabschiedung aus dem ZK der Rumänischen KP im Februar 1948 für Moskau offenbar als schon vollzogene "Säuberung" der Parteiführung von den Anhängern der Politik einer "breiten nationalen Koalition". Das wird auch durch die Einschätzung der Mitarbeiter der Abteilung Außenpolitik deutlich, als sie die Ergebnisse des Vereinigungsparteitages der Kommunisten und Sozialdemokraten in Rumänien auswerten. In der entsprechenden Auskunft der Abteilung Außenpolitik heißt es: "Der ganze Parteitag verlief im Geiste völliger Einheit auf der Grundlage der Prinzipien der marxistisch-leninistischen Lehre. Die Grundthese des Parteistatuts ist die, daß als Ideologie der Partei die Lehre von Marx-Engels-Lenin-Sta-

ein Dienstbericht "Über antimarxistische Ziele der Führer der KP Jugoslawiens in Fragen der Innen- und Außenpolitik" mit Unterschriften von Baranow und seinen Mitarbeitern der ZK-Abteilung Außenpolitik, Moschetow und Lessakow, an Suslow geschickt.⁵³

Ein umfangreiches Dokument von 15 Maschinenseiten enthielt fünf Punkte zu Vorwürfen an die Adresse der Führer der KP Jugoslawiens: Das Ignorieren der marxistisch-leninistischen Theorie als Leitfaden ihrer Tätigkeit; falsches und böses Verhalten zur Sowjetunion und zur WKP(B) "als der Führerin aller progressiven und antiimperialistischen Kräfte der Welt"; Überschätzung der eigenen Leistungen, Hochstapelei in der Außenpolitik, was sich nach Meinung der Autoren des Berichts in Ansprüchen Jugoslawiens auf "die führende Rolle auf dem Balkan und in den Donauländern äußerte"; Opportunismus in Bezug auf das Großbauerntum; liquidatorische Politik beim Organisationsaufbau der KP, was "zur Auflösung der Partei in der nationalen Front führt".⁵⁴

Den ersten Punkt der Beschuldigung konkretisierend, bekräftigten die Autoren des Dokuments: "[...] Alle Reden der Sekretäre des ZK der KPJ nach dem Kriege stellen ein Konglomerat aus nicht durchdachten, fehlerhaften und schädlichen Thesen dar, und sie können in keinem Falle Anspruch auf ernsthafte theoretische Arbeiten erheben, die die Praxis der jugoslawischen Wirklichkeit zusammenfassen und Perspektiven einer weiteren Entwicklung des Landes auf dem Wege zum Sozialismus aufzeigen.

Das kann vor allem damit erklärt werden, daß die Führer der jugoslawischen KP in ihren Beiträgen nicht von den Thesen der Klassiker des Marxismus-Leninismus ausgehen, daß sie die marxistisch-leninistische Theorie ignorieren und sie für ihre Arbeit nicht nutzen. So gibt es z.B. in 53 Reden des Generalsekretärs der jugoslawischen KP, Tito, die er im Zeitraum von 1945-1948 hielt, *nur eine einzige Stelle*, in der er sich, die Richtigkeit des jugoslawischen Entwicklungsweges begründend, auf die Lehre der Klassiker des Marxismus-Leninismus stützt. Das ist in diesen drei Jahren das einzige Mal, daß Tito die Namen Marx, Engels und Lenin nennt [...].⁵⁵

[...] In einem Referat auf dem II. Kongreß der Nationalen Front Jugoslawiens erklärt Tito, wenn er die Gründe für die Erfolge der KP bei der organisatorischen Tätigkeit und der führenden Rolle in der Volksfront darlegt, mit dem 'spezifischen Charakter der revolutionären Entwicklung in der gegebenen Etappe infolge neuer Wege, welche besonders charakteristisch für Jugoslawien sind'. Er erwähnt mit keinem Wort, daß die KP eine führende Rolle nur deshalb innehat, weil sie durch die fortschrittliche Theorie des Marxismus-Leninismus getragen wird. Im Schlußwort des Referats, in dem Tito die Grundzüge der gegenwärtigen Lage charakterisiert, verschweigt er konsequent die Errungenschaften der siegreichen Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin. In all seinen Reden gibt es nicht ein einziges Wort über den Genossen Stalin als dem großen Theoretiker unserer Zeit - dem genialen Vollstrecker der Sache Marx', Engels' und Lenins. Tito erwähnt mit keinem Wort die große avantgardistische Rolle der kommunistischen Parteien und vor allem nicht die Rolle der WKP(B).

lin gilt, wie sich das in den Referaten von G. Dej und Radaceanu sowie in allen anderen Beiträgen der Parteitagdelegierten niederschlug." RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1160, Bl. 124.

53 Vgl. RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1163, Bl. 9-24.

54 Ebenda, Bl. 9f.

55 Zweitrangige konkrete Beispiele wurden weggelassen.

Diese Fakten zeigen, daß die Fragen der Theorie von den Führern der jugoslawischen KP völlig ignoriert werden."⁵⁶

Was das Problem der nationalen Wege zum Sozialismus angeht, so stützen sich die Autoren im weiteren auf einen Artikel Titos über "Die Grundlagen der Demokratie neuen Typs", welcher in der jugoslawischen Zeitschrift "Komunist" abgedruckt war. Sie schlußfolgern, daß "Tito vom Aufbau einer sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft in Jugoslawien als dem Endziel der kommunistischen Partei nicht spricht. Das Endziel des jugoslawischen Volkes und folglich auch der KPJ grenzt er auf 'das Erreichen einer wahrhaften Volksdemokratie' ein".⁵⁷

Was den zweiten Punkt betrifft, so gingen die Autoren von Schdanows bekannter These aus, daß "die Sowjetunion die einzige reale Kraft ist, die in der Lage ist, alle Intrigen der internationalen Reaktion abzuwehren", und daß "alle echten demokratischen Kräfte der Welt verpflichtet sind, mit aller Kraft und allen Mitteln die Autorität der Sowjetunion zu unterstützen und zu stärken".⁵⁸ Diese These über die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen besonders hervorhebend, meinte man in der Abteilung Außenpolitik, daß die Führer der KPJ "bestrebt sind, die entscheidende Rolle der Sowjetunion und ihrer Armee bei der Befreiung Jugoslawiens und beim Aufbau nach dem Kriege bewußt einzuschränken".⁵⁹

Als Beispiel sollte unter anderem folgende Tatsache gelten: "Tito hatte in seinem Bestreben, die Bedeutung Jugoslawiens und seiner Rolle im demokratischen Lager besonders hervorzuheben und die Rolle der Sowjetunion zu ignorieren, in einem Gespräch mit bulgarischen Journalisten im Juni 1947 erklärt, daß '*Die Balkanländer zusammen mit der Sowjetunion* ein Wegweiser sein müssen, der den Weg der richtigen Lösung der nationalen und sozialen Frage aufzeigt'. In diesem Gespräch erklärte Tito, daß niemand das Recht habe, sich in die Angelegenheit der Annäherung an Bulgarien einzumischen."⁶⁰

Als Beweis für antisowjetische Haltungen in der Führung der KPJ sollten Beispiele dienen wie die Absage eines Gastspiels des Ensembles der Sowjetarmee, das Ignorieren des Beschlusses des ZK der WKP(B) über die Oper "Große Freundschaft" von Muradeli durch das jugoslawische Parteiorgan "Borba", mangelndes Interesse an der Propagierung der Erfahrung der WKP(B) bei der Verbreitung der Stachanow-Bewegung usw.

Der dritte Teil des Dokuments ist der Kritik an der Außenpolitik Jugoslawiens sowie den Beziehungen der KPJ zu anderen kommunistischen Parteien gewidmet. Der Hauptvorwurf: "Die Führung der KPJ und ihr Generalsekretär Tito persönlich überschätzen maßlos ihre Errungenschaften beim Aufbau und bei der Festigung der Volksdemokratie in Jugoslawien, und sie tendieren dazu, auf dem Balkan und in den Donauländern die führende Rolle an sich zu reißen. Bei der Lösung der die Außenpolitik betreffenden Fragen zeigt die Führung der KPJ nationale Engstirnigkeit und Begrenztheit, wenn sie die Interessen anderer Länder und der brüderlichen kommunistischen Parteien nicht wahrnimmt, die nationale Würde der anderen Völker ignoriert [...]."⁶¹ In dem Bestreben, in den Balkan- und Donauländern tonangebend zu

56 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1163, Bl. 11f.

57 Ebenda, Bl. 13.

58 Ebenda, Bl. 14.

59 Ebenda, Bl. 14.

60 Ebenda, Bl. 15.

61 Ausgelassen wurden konkrete Beispiele, die diese Schlußfolgerung illustrieren.

sein, versuchen die Sekretäre der KPJ, den Führern der Bruderparteien kluge Ratschläge zu geben. So rieten z.B. Kardelj und Djilas dem Vorsitzenden der österreichischen KP, die Frage einer Teilung Österreichs in zwei Teile auf die Tagesordnung zu stellen. Es ist nicht schwer zu verstehen, wozu diese unheilvolle Linie führen könnte, würden die österreichischen Genossen diesem abenteuerlichen Rat der jugoslawischen Führer folgen.

Nach den Worten des Sekretärs des ZK der österreichischen KP, Fürnberg, behaupteten verantwortliche Mitarbeiter des ZK der KPJ prahlerisch, der Kommunismus würde in Jugoslawien schneller errichtet sein als in der Sowjetunion.⁶²

In Bezug auf die Probleme der Innenpolitik der KPJ lenkten die Autoren des Dokuments ihr Hauptaugenmerk auf die These von der Unterschätzung des Klassenkampfes auf dem Lande und von der vom Kulakentum ausgehenden Gefahr. Diese These wurde auch im innerparteilichen Kampf in der WKP(B) wiederholt benutzt: "Wenn die Führer der jugoslawischen KP sich in ihren Erfolgen beim ökonomischen Aufbau und in der Festigung ihrer Macht sonnen, schenken sie dem Klassenkampf auf dem Lande ungenügende Aufmerksamkeit und unterschätzen die Bedeutung dieses Kampfes, in der Regel beschränken sie sich nur auf Formulierungen zum Kampf gegen die Reaktion und für die Demokratie, und sie führen diesen Begriff nicht an den Klassenkampf heran. So gibt es bei Tito nicht eine einzige Stelle, wo von der Unausweichlichkeit des Klassenkampfes und besonders vom Kampf gegen das Kulakentum die Rede ist. Nicht einmal der Begriff 'Kulak' wird gebraucht, er nennt die Kularen reiche und wohlhabende Bauern [...]."⁶³

Ausgehend von der These Lenins, daß Kleinwirtschaft täglich, stündlich und in großem Umfang Kapitalismus hervorbringt, charakterisierten die Autoren des Dokuments die Politik der Führung der KPJ in Bezug auf die wohlhabende Bauernschaft als opportunistisch: "Diese opportunistische Politik erinnert in vielem an die Politik Bucharins in der Bauernfrage."⁶⁴

Sich auf den Auftritt Titos im November 1946 in Zagreb beziehend, wo er sagte, daß die Bauern die zuverlässigste Stütze des Staates seien, kamen die Mitarbeiter der Abteilung Außenpolitik zu dem Schluß: "[...] Tito erkennt als wichtigste Stütze des volksdemokratischen Staates nicht die Arbeiterklasse und ihre Avantgarde - die kommunistische Partei - an, sondern die gesamte Bauernschaft, darunter auch das Kulakentum, das schon einen wütenden Kampf gegen alle Maßnahmen der Volksmacht führt [...]."⁶⁵

Daraus folgt, daß die Führer der jugoslawischen KP und vor allem ihr Generalsekretär Tito die Rolle und die Möglichkeit des Erstarkens des Kulakentums als Klasse unterschätzen, als Klasse, die dem sozialistischen Aufbau in Jugoslawien unausweichlich wütenden Widerstand entgegensetzen wird. Sie ignorieren die Leninschen-Stalinschen Hinweise darauf, daß eine kommunistische Partei die Arbeiterklasse und die unterdrückten Massen auf dem Lande wachrütteln muß, ihre Fähigkeit zum Kampf wecken und ihre Bereitschaft zum Kampf gegen die kapitalistischen Elemente von Stadt und Land, zum Kampf gegen die widerpenstigen Klassen entwickeln muß.⁶⁶

62 Ebenda, Bl. 17f.

63 Ausgelassen sind konkrete Beispiele aus Titos Referaten sowie Materialien, die den Zustand der Landwirtschaft charakterisieren. Ebenda, Bl. 18.

64 Ebenda, Bl. 20.

65 Ausgelassen sind konkrete Beispiele aus den Reden Titos.

66 Ebenda, Bl. 21.

Einen zentralen Platz bei der Schärfe der Kritik und möglicher Folgen (gemeint waren damit die "Traditionen" der kommunistischen Bewegung in der Komintern) nahm der letzte, der fünfte Abschnitt dieses Dokuments ein. Er war dem Problem von Rolle und Stellung der kommunistischen Partei unter den Bedingungen eines volksdemokratischen Staates gewidmet. Die Führer der KPJ wurden der Preisgabe des Marxismus-Leninismus und der Verletzung der grundlegenden "Organisationsprinzipien des Marxismus bei der Bestimmung der Stellung und der Rolle der KP in der gesellschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens" beschuldigt.⁶⁷

Den Führern der KPJ wurde konkret angelastet, daß sich die KPJ bis zu der Tagung in Sklarszka Poreba eigentlich in einer halblegalen Lage befand: "Bis zum September 1947 gab es keinen einzigen öffentlichen Auftritt, wurde nicht ein einziger Artikel im Namen der Partei verfaßt. Es geschah und geschieht eine Vermischung der Partei und der Volksfront, in der sich die Partei auflöst. Seit das neue Jugoslawien existiert, wurde nicht ein Parteibeschuß veröffentlicht, weder vom ZK noch von den unteren Parteiorganisationen.

Dem Vergessen preisgegeben wurden die organisatorischen Grundprinzipien der kollegialen Führung, die Prinzipien des demokratischen Zentralismus.

Da der Generalsekretär des ZK der KPJ, Tito, alle wichtigen Staatsposten allein bekleidet, nimmt er allein die Leitung des gesamtgesellschaftlichen Lebens im Lande und auch die Leitung der Außenpolitik wahr. Das erweckt in ihm Führertum, Eitelkeit und Selbstüberschätzung bei gleichzeitigem Fehlen an Elementarwissen in der marxistisch-leninistischen Theorie.

Charakteristisch ist auch, daß der Parteiapparat ein Anhängsel des Staats- und Wirtschaftsapparates ist. In allen Republiken mit Ausnahme Bosniens sind die Premierminister gleichzeitig die Sekretäre des ZK der republikanischen kommunistischen Parteien. Der Organisationssekretär des ZK der KPJ, Ranković, der die Kader anleitet, ist gleichzeitig Minister für innere Angelegenheiten in der jugoslawischen Regierung.

Parteipelen werden nicht durchgeführt, Beschlüsse des ZK und des Politbüros werden nicht veröffentlicht. Zur Lösung der Parteaufgaben werden die breiten Schichten der Partei nicht herangezogen. Alle prinzipiellen Fragen werden im kleinen Kreise gelöst (Tito, Kardelj, Ranković, Djilas). Die wichtigsten Entscheidungen des politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Lebens werden nicht im Namen der Partei getroffen und an die Volksmassen herangeführt, sondern im Namen der Nationalen Front. Die KP Jugoslawiens hat weder ein Programm noch eine Satzung [...].⁶⁸ Es ist die unbedingte Notwendigkeit herangereift, einen Parteitag zur Annahme eines Programms und eines Statuts und zur Wahl der führenden Organe einzuberufen. Jedoch sperrt sich die Führung der KP aus unverständlichen Gründen endlos gegen die Einberufung eines Parteitages. Die Ignoranz gegenüber den Fragen des Parteaufbaus und die Pflichtvergessenheit gegenüber den organisatorischen Grundprinzipien bergen eine große Gefahr für die jugoslawische KP in sich, wodurch es zum Untergang der Partei, zu ihrer Auflösung in der Nationalen Front kommen kann [...].⁶⁹ Diese Fehler verwandeln sie [die Führer der KPJ, die Verf.] in Nachläufer der Bourgeoisie, wenn es um die

67 Ebenda.

68 Ausgelassen ist der Textabschnitt, in dem davon die Rede ist, daß die KPJ ihr Programm durch das Programm der Nationalen Front ersetzt habe.

69 Ausgelassen ist ein Zitat aus einer Arbeit Stalins.

Innen- und die Außenpolitik des Landes geht, was große Gefahren für die weitere Entwicklung und für den Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien mit sich bringt."⁷⁰

Beim aufmerksamen Studium dieses Dokuments erscheint es uns möglich, darin die Entwurfsvariante des ersten Briefes des ZK der WKP(B) (vom 27. März 1948) an die Führung der jugoslawischen KP zu sehen, von denen es möglicherweise mehrere gab. Aber das ist noch nicht alles, was in Bezug auf das Jugoslawien betreffende Material Beachtung verdient. Nach der Sichtung ähnlicher Dokumente, die im Zeitraum März-April 1948 für andere kommunistische Parteien ausgearbeitet wurden, kann das ausführlich zitierte Papier vom 18. März als eine Art Schablone betrachtet werden, welches das gesamte Bündel der Anklagepunkte enthält.

Geht man weiter chronologisch vor, so folgte das Material "Über die nationalistischen Fehler der Führung der UKP und über den Einfluß der Bourgeoisie auf die ungarische kommunistische Presse".⁷¹ Auch hier konzentrierten sich die Verfasser auf die Frage nach dem Verhältnis der Führung zur Sowjetunion. Die ungarischen Kommunisten wurden der übermäßig beharrlichen und wiederholten Betonung des nationalen Charakters der Partei bezichtigt, was man in Moskau als Pflichtvergessenheit gegenüber dem Prinzip des Internationalismus ansah. Die Mitarbeiter der Abteilung Außenpolitik, Korotkewitsch und Sawolschskij, berichteten, daß: "[...] die UKP sich nach der Befreiung des Landes mit ihren ersten Schritten dem ungarischen Volk sogleich als ungarische Nationalpartei präsentierte. Im weiteren pflegten und entwickelten die Führer der Partei in ihrem Auftreten und ihren Erklärungen oft diese Haltung. Gleichzeitig operierten und operieren die Reaktionäre in ihrer Agitation mit verleumderischen Behauptungen, angeblich wären die Kommunisten eine Agentur Moskaus und nicht eine ungarische Partei. Als Antwort auf diese feindliche Agitation begannen die Kommunisten, den nationalen Charakter ihrer Partei noch stärker zu betonen. Das wird in der Propaganda der kommunistischen Partei besonders deutlich. Auf den kommunistischen Plakaten kann man oft die Portraits von Kossuth, Petöfi und anderen Kämpfern für die Unabhängigkeit Ungarns sehen. Die kommunistischen Plakate sind in der Regel mit grünem, rotem und weißem Streifen (die Farben der ungarischen Nationalflagge) eingerahmt. Kürzlich wurde auch das Parteizeichen verändert - anstelle des roten Banners trat das dreifarbige.

Natürlich macht die Führung der UKP es richtig, wenn sie betont, daß die ungarischen Kommunisten die besten Kämpfer für die Unabhängigkeit, für die nationalen Interessen des ungarischen Volkes sind, und daß sie die besten Traditionen Kossuths, Petöfis und anderer revolutionärer Demokraten der Vergangenheit fortsetzen. Wenn die Führer der kommunistischen Partei dies so hervorheben im Bemühen, vor dem Volke ihres Landes als nationale Partei dazustehen, entfernen sie sich nicht selten von der richtigen Linie und gleiten auf nationalistische Positionen herab. Am deutlichsten zeigt sich das im Verhältnis der Führung der UKP zur Sowjetunion.

Rákosi, Farkas, Revai und andere Führer der kommunistischen Partei betonen in ihren offiziellen Verlautbarungen die Notwendigkeit der Freundschaft der Ungarischen Republik mit der Sowjetunion, sie sprechen von der großen historischen Mission des Sowjetstaates, von der Rolle des Genossen Stalin. Aber in ihrer täglichen Arbeit ignorieren sie die Sowjetunion,

70 Ebenda, Bl. 24.

71 Vgl. RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1165, Bl. 63-68.

weil sie wohl befürchten, als 'Agenten Moskaus' zu gelten, sie erwähnen die Sowjetunion nicht, und nicht selten tun sie so, als ob sie mit der Sowjetunion nichts zu tun hätten [...].⁷² Das Ignorieren der Sowjetunion und ihrer Interessen seitens der Führung der KP zeigt sich besonders darin, daß die Führung der KP sich nicht nur für Fragen der Propaganda der Sowjetunion und der sowjetischen Kultur in Ungarn nicht interessiert und sich damit nicht beschäftigt, sondern daß sie auch noch stillhält, wenn viele Bücher erscheinen und Materialien publiziert werden, in denen die sowjetische Wirklichkeit grob verfälscht wird, und die geradezu antisowjetischen Inhalt haben [...].⁷³ Um nun gegen Prinzipienlosigkeit und bürgerlichen Einfluß anzugehen, bedienen sich die Führer der ungarischen KP weitgehend der Materialien der Boulevardpresse und befinden sich damit selbst im Hinterland der bürgerlichen Ideenlosigkeit. Die Verantwortlichen der ungarischen kommunistischen Presse bemühen sich, den verzerrten Geschmack, der von der Bourgeoisie kultiviert wird, anzunehmen, sie traben der Bourgeoisiepresse hinterher. Natürlich beschäftigen sie sich nicht mit und interessieren sich nicht für die Fragen der Kultur, wenngleich es doch auf diesem Gebiet in Ungarn ein Erstarken bürgerlicher Einflüsse und Ideenlosigkeit gibt.

Aus dem oben Gesagten folgt, daß es bei der Führung der UKP zweifelsohne nationalistische Fehler gibt, so die Nutzung der bürgerlichen Presse und eine ernsthafte Unterschätzung der Wichtigkeit des Kampfes gegen den bürgerlichen Einfluß des Westens."⁷⁴

Wie aus den zitierten Dokumenten hervorgeht, wurde der Schwerpunkt auf zwei Themen gelegt: auf die Beziehungen zur UdSSR und auf den "Nationalismus" der ungarischen KP. Probleme der "nationalen Wege zum Sozialismus", die damals Spannungen sowohl in den Führungen der kommunistischen Länder Osteuropas als auch zwischen ihnen und dem ZK der WKP(B) hervorriefen, wurden nie offen ausgesprochen. Nichtsdestoweniger verbargen sich hinter den Anschuldigungen des "Nationalismus" eben diese Differenzen, was die Materialien belegen, die von L. S. Baranow an den Sekretär des ZK der WKP(B), Suslow, am 5. April 1948 gesandt worden waren. In beiden Dokumenten wird die Situation in den Führungen der KP der Tschechoslowakei und in der Polnischen Arbeiterpartei analysiert.

In dem Schriftstück "Über einige Fehler der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei"⁷⁵, unterschrieben von Baranow, Moschetow und Antipow, heißt es, daß die KPČ "und ihre Führer ernsthafte Fehler, unheilvoll durch die gefährlichen Folgen, zulassen".⁷⁶ Der schlimmste unter diesen "Fehlern" war die "Orientierung in Theorie und Praxis auf einen besonderen friedlichen Weg zum Sozialismus, ohne Opfer und ohne Klassenkampf".⁷⁷ Der Kritik dieses Weges war der Abschnitt "Antimarxistische Richtlinien zum friedlichen Weg der Entwicklung der Tschechoslowakei zum Sozialismus" gewidmet. Darin heißt es: "Das in der Tschechoslowakei neu errichtete volksdemokratische Regime und die Schaffung der Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken (zu welchem 1945 erstmals neben den bürgerlichen Parteien auch die Kommunisten gehörten), die ernsthaften Verände-

72 Ausgelassen sind konkrete Fakten, bei denen es um die Absage der UKP geht, der Sowjetunion eine Reihe ehemaliger deutscher Betriebe zu übergeben.

73 Es folgen konkrete Beispiele aus den Bereichen Presse, Belletristik und Film.

74 Ebenda, Bl. 63-68.

75 Vgl. RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1162, Bl. 44-73.

76 Ebenda, Bl. 44.

77 Ebenda.

rungen in der politischen und wirtschaftlichen Struktur des tschechoslowakischen Staates, die deutliche Radikalisierung der werktätigen Massen mit dem unmittelbaren Ergebnis - über 40 % aller Wählerstimmen für die KP bei den Parlamentswahlen 1946 - all das weckte in den Reihen der KP und bei deren Führern die Illusion der 'Leichtigkeit' des Sieges des Sozialismus in der Tschechoslowakei auf friedlichem Wege, ohne Opfer und ohne Klassenkampf.

Die Führer der tschechoslowakischen KP ließen sich wiederholt bei ihren Auftritten von dieser Stimmung tragen und waren bemüht, sie mit entsprechenden 'theoretischen Begründungen' zu untersetzen. Der Grundgedanke dieser Beiträge ist und bleibt die Behauptung, die Tschechoslowakei auf *friedlichem* volksdemokratischem Wege zum Sozialismus zu bringen [...].⁷⁸ Viele Führer der KPČ ließen einen ernsthaften Fehler zu, welcher darin bestand, daß sie an die Möglichkeit 'der engen Zusammenarbeit' mit den bürgerlichen Parteien im Rahmen der Nationalen Front und seiner Regierung glaubten. Bis in die letzte Zeit nahmen sie für ihre praktische Arbeit fälschlicherweise an, daß die 'Koalition mit den bürgerlichen Parteien im Rahmen der Nationalen Front den Klassenkampf vermeiden kann'.⁷⁹

Die Situationsanalyse enthält schließlich folgendes Urteil: Es werde "deutlich, daß die *Führung der KPČ* an den antimarxistischen Einstellungen zur Frage des friedlichen Weges zum Sozialismus ohne Opfer und ohne Klassenkampf festhält;

Die Führung der KPČ überschätzt die Ergebnisse der demokratischen Umwandlungen im Lande und unterschätzt die Kräfte der reaktionären Bourgeoisie und der Kleinbürger mit ihrer sich in ihren Händen befindlichen ökonomischen Basis;

Wenn die *Führung der KPČ* bemüht ist, die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung zum Sozialismus zu begründen, angeblich ohne gegensätzliche Interessen unter den entgegengesetzten Klassen in der Nationalen Front, so verwischt sie die Klassenwidersprüche und entfernt sich dadurch von der marxistisch-leninistischen Theorie des Klassenkampfes;

Die *Führung der KPČ* unterschätzte bis zu den letzten, den Februarereignissen, die Kraft der werktätigen Massen und selbst der Partei sowie die wichtige Rolle der politischen Massenaktionen, die von breiten Kreisen des Volkes getragen wurden, und sie geriet dadurch unweigerlich in ihrer staatstragenden Arbeit auf den Weg des Versöhnertums und der unterschiedlichen Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien".⁸⁰

Im zweiten Abschnitt mit dem Titel "Die KPČ im Hinterland der parlamentarischen Illusionen", beginnen die Verfasser mit Überlegungen, wonach die tschechoslowakischen Kommunisten noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges Absprachen mit dem Beneš-Lager getroffen und ein gemeinsames Programm der demokratischen Umwandlung nach dem Krieg beschlossen hätten, das "bekanntermaßen das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Kommunisten und den Führern anderer (darunter der bürgerlichen) Parteien war und dem Wesen nach das Bestreben widerspiegelte, die entgegengesetzten Klasseninteressen zu nivellieren und eine annehmbare Basis für die *friedliche Zusammenarbeit* der Parteien im

78 Ausgelassen sind hier konkrete Beispiele aus den Reden Gottwalds, darunter die vom Januarplenum 1947 und vom Septemberplenum 1946, in denen er über seine Unterredung mit Stalin und dessen Auffassung sprach.

79 Ausgelassen sind hier konkrete Beispiele aus den Reden A. Zápotockýs im Dezember 1947, G. Bareš' im Januar 1948, K. Gottwalds im März 1946, W. Kopeckýs und L. Frejkas im Januar 1948, Zitate aus der Zeitschrift "Tvorba", Reden Beneš' im September 1945. Ebenda, Bl. 45f.

80 Ebenda, Bl. 53.

Rahmen der Nationalen Front zu schaffen. Dieser Umstand bedingte im hohen Grade unter den führenden Kreisen der KPC die Wiedergeburt alter Illusionen in Bezug auf die Rolle und Bedeutung des Parlamentarismus beim demokratischen Aufbau der Republik [...].⁸¹

Ungeachtet dessen, daß die Führer der KPC sich bis in die allerletzte Zeit von dem erbiterten Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen die weitere Demokratisierung des Landes überzeugen konnten, glaubten sie weiterhin an die entscheidende Rolle der parlamentarischen Arbeit und unterschätzten andere außerparlamentarische Formen des Kampfes. Das kam in dem Bestreben zum Ausdruck, den innerpolitischen Kampf durch das Eingebundensein in die Nationale Front und in das Parlament einzuschränken, um dadurch die Voraussetzungen für die Möglichkeit der 'Zusammenarbeit' der linken und rechten Parteien zu bewahren. Die Führung der KPC hielt an dieser Position bis Februar 1948 fest und lieferte allen Grund, in ihrer Politik einen der hauptsächlichen und gefährlichen sozialdemokratischen Rückfälle zu sehen.

Mehr noch, da sich die Führer der KPC in der Illusion des bürgerlichen Parlamentarismus wiegten und ihre Erfolge im Kampf um die Demokratisierung des Landes überschätzten, hofften sie, den Widerstand der bürgerlichen Parteien zu *brechen* und die Politik der Nationalen Front in die für die Kommunisten gewünschte Richtung zu lenken, und zwar durch die Stimmenmehrheit bei den kommenden Parlamentswahlen [...].⁸²

Die Ergebnisse der Februarereignisse 1948 in der Tschechoslowakei machten deutlich, daß die Kommunistische Partei über die notwendigen Kräfte und über die Voraussetzungen *verfügte*, um den Charakter der Nationalen Front und ihre Politik zu verändern, sie in *Übereinstimmung* mit den Bedürfnissen der werktätigen Massen zu bringen, ohne darauf warten zu müssen, bis sie 51% der Stimmen bei Wahlen, also die parlamentarische Mehrheit, eringt."⁸³

Den dritten Abschnitt des Dokuments betitelten die Autoren mit "Die Mißachtung der Prinzipien des Bolschewismus beim Aufbau der KPC und die Folgen dieser Mißachtung". Zum Hauptkritikpunkt wurde hier die von der Führung der KPC formulierte Aufgabe, die Partei in eine Massenpartei (mit 1,5 bis 2 Mill. Mitgliedern) umzuwandeln.⁸⁴ Das wurde von der Führung der KPC als unbedingte Voraussetzung für einen Wahlsieg angesehen. Dieser Kurs des unbegrenzten Anwachsens der Reihen der Partei diente den Verfassern des Dokuments als Begründung für folgendes: "Nun wird deutlich, daß die *Führung der KPC* die Fragen des Parteaufbaus den Interessen ihrer parlamentarischen Arbeit unterordnet, wobei sie das Grundprinzip des Marxismus-Leninismus der Vergessenheit preisgibt, wonach eine echte revolutionäre Partei der Arbeiterklasse (ähnlich den Parteien der II. Internationale) nicht nur ein Wählerapparat sein kann, der sich dem parlamentarischen Kampf angepaßt hat.

Nachdem die Führung der KPC die Partei zu einem Sammelbecken für die verschiedensten Menschen im Namen privater Wahlkampfinteressen gemacht und sie dadurch auf den Weg der Umwandlung von einer marxistischen Partei in eine gewisse 'allgemeine Volksor-

81 Ausgelassen sind hier konkrete Ausführungen, die den Kompromißcharakter des politischen Kurses der KP "unterstreichen".

82 Ausgelassen sind hier konkrete Beispiele aus den Reden Gottwalds auf dem Juniplenum (1947) des ZK, aus der Rede R. Slánskys im Februar 1948.

83 Ebenda, Bl. 54-56.

84 Vgl. ebenda, Bl. 56.

ganisation' gebracht hatte, ist sie auf die Stufe herabgeglitten, wo die Rolle der kommunistischen Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse negiert ist".⁸⁵

Der vierte Abschnitt des Dokuments, "Die Fehler der KPČ bei der nationalen Frage", enthielt die Kritik an die Adresse der KPČ-Verantwortlichen, daß diese "undifferenziert mit Beneš und seinen Parteiverantwortlichen *zusammengingen*, wenn es sich um die Lösung der Frage der Deutschen und Ungarn, die in der Tschechoslowakei wohnten, handelte".⁸⁶ Das wurde als "Unterordnung der allgemeinen Grundprinzipien der leninschen-stalinschen Nationalitätenpolitik (für jegliche marxistische Nachfolgepartei verbindlich) unter die Interessen der 'nationalen Einheit' mit der Bourgeoisie angesehen, [...] als die KP sich genötigt fühlte, im Fahrwasser der nationalistischen Verzerrungen und der Politik extremsten Chauvinismus der tschechoslowakischen Bourgeoisie zu schwimmen".⁸⁷

Im weiteren wurde dies durch die Aussagen der Vertreter verschiedenster Strömungen (von Beneš bis zu den Kommunisten) im Frühjahr/Sommer 1945 untermauert - sie wollten alle Deutschen und alle Ungarn aus der Tschechoslowakei aussiedeln. Aus den angeführten Beispielen wurde die Schlußfolgerung gezogen, die wie eine politische Anschuldigung klingt: "Die Fakten belegen, daß in der Tschechoslowakei eine offene antideutsche und eine antiungarische Kampagne durchgeführt wurde, wobei alle Reden der Staats- und Parteifunktionäre im Geiste dieser Kampagne die nationalistischen und extrem chauvinistischen Stimmungen eines großen Teils der tschechoslowakischen Völker anheizten und verstärkten.

Die KP und ihre Führung waren in diese Kampagne, die scharf nach Chauvinismus roch, eingetaucht, und sie konnten die offenkundige Tatsache nicht erkennen, daß die innere Reaktion diese Kampagne auch mit der Absicht vorsätzlich aufblähte, mit der Politik der Verfolgung der Deutschen und der Ungarn die werktätigen Massen von der Notwendigkeit abzu lenken, den Staat von Reaktionären und tschechoslowakischen Volksverrätern zu säubern, von Verrätern, die zur Stütze der rechten Parteien geworden waren und eiligst ihre Reihen füllten."⁸⁸

Die Verfasser des Dokuments ließen bei der Behandlung der Nationalitätenpolitik der KPČ auch die "slowakische Frage" nicht unbeachtet. Die Autoren des Papiers hatten zuerst konstatiert, daß "das Programm von Košice den Tschechen und Slowaken gleiche Rechte zuerkannt" hatte, und daß die Bemühungen der KPČ zur Verwirklichung einer "Reihe von praktischen Schritten bei der Lösung der slowakischen Frage"⁸⁹ führten, sie bekannten dann aber auch, daß "in der praktischen Tätigkeit der Staatsorgane falsche und schädliche Arbeit (besonders in der Frage des Aufbaus der Armee, der Verlagerung einiger Betriebe aus Tschechien in die Slowakei) geleistet wurde, was in vielen Fällen zur Verschärfung der slowakischen Frage führte.

85 Ebenda, Bl. 60.

86 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1082, Bl. 75. Hier handelte es sich um die feste Position der Kommunisten und vor allem Gottwalds in der Frage der Aussiedlung von Deutschen und Ungarn aus der Tschechoslowakei. Diese Position stützte sich auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz und die Thesen des Košicer Programms der Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken, das im Frühjahr 1945 mit dem ZK der WKP(B) abgestimmt worden war.

87 Ebenda, Bl. 60f.

88 Ebenda, Bl. 63.

89 Ebenda, Bl. 66.

Die KPČ und ihre Führer unterschätzen immer noch den Ernst dieser Frage und die politischen Schwierigkeiten in der Slowakei, was dadurch zum Ausdruck kommt, daß sie damals wie heute der Kommunistischen Partei der Slowakei nicht die notwendige Hilfe erwies, um ihre Positionen und den Einfluß auf die breiten Schichten des slowakischen Volkes dauerhaft zu festigen".⁹⁰

Die allgemeinen Schlußfolgerungen aus der Analyse der Politik der KPČ führten zu folgender Einschätzung: "Da die *Führung der KPČ* die Fragen nach Theorie und Praxis der stalinischen Nationalitätenpolitik außer acht läßt, macht sie ernsthafte Fehler in ihren Richtlinien und Handlungen zur nationalen Frage;

Die Führung der KPČ befand sich bis in die letzte Zeit objektiv im Fahrwasser bürgerlich-nationaler Tendenzen und trat nicht entschlossen gegen die Anzeichen von Chauvinismus und Diskriminierung in der Staatspolitik in Bezug auf die ungarische Bevölkerung auf, wobei sie ihre Parteilinie in dieser Frage den veralteten nationalistischen Strömungen, die es in gewissen Kreisen des Volkes gab, anpaßte;

Die Führung der KPČ bemühte sich, wenn sie sich mit den Tatsachen nationalistischer Verzerrungen und Verbiegungen in der Tätigkeit der Staatsorgane angefreundet hatte, gleichzeitig die Richtigkeit der antiungarischen Politik durch jede Art antimarxistischer Konzeptionen zu rechtfertigen;

Die Führung der KPČ unterschätzt bis heute die Wichtigkeit und Kompliziertheit der slowakischen Frage und nutzt alle organisatorischen und andere Möglichkeiten zur Festigung des Einflusses der KP im slowakischen Volke nicht, auch nicht zur Bestimmung ihrer klaren Position zur Frage der tschechoslowakischen Beziehungen, vor allem für die zukünftige Verfassung des Staates."⁹¹

Der letzte Abschnitt ist der Analyse der "Fehler" der KPČ in der Bauernfrage gewidmet. Die Verfasser des Dokuments waren der Meinung, daß alle bis 1948 ergriffenen Maßnahmen nur "den Umfang des gewaltigen Privatbesitzes in der Tschechoslowakei eingrenzen, *keineswegs* aber die Grundlagen des Kapitalismus auf dem tschechoslowakischen Dorf *untergraben*, da jeweils bis zu 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in *Privatbesitz* verbleiben; damit, bei intensiver Nutzung dieser Flächen [...], bietet die Landwirtschaft des Landes eine breite Basis zur Ausbreitung und Stärkung des Kulakentums.

Es ist offensichtlich, daß eine solche Konstellation in der Landwirtschaft des Landes keinen Anlaß für irgendwelche Behauptungen vom Sieg der Volksdemokratie auf dem Lande gibt und auch nicht dafür, daß die Bauernschaft fest die Position vorbehaltloser Unterstützung der Politik von Regierung und kommunistischer Partei einnimmt [...].⁹²

Somit kann man schlußfolgern, daß:

Die Führung der KPČ in Fragen der Agrarpolitik über kein klares wissenschaftlich erarbeitetes Programm verfügt und sich auf die Durchführung sporadischer Maßnahmen beschränkt, die die Fundamente des Kapitalismus auf dem Lande nicht erschüttern;

Die Führung der KPČ unterschätzt die wahren Verhältnisse der Klassenkräfte auf dem Lande, läßt gefährliche Schwärmereien unter den Parteimitgliedern für einzelne, durch Kom-

⁹⁰ Ebenda.

⁹¹ Ebenda, Bl. 67.

⁹² Ausgelassen sind Beispiele aus den Reden Gottwalds auf dem Plenum im Juni 1947, die eine Unterstützung der Partei seitens der Bauernschaft demonstrieren.

promise erzielte Erfolge in der Agrarpolitik zu, was zu Fehlern bei der Zielsetzung, die Mehrheit der Bauernschaft zu gewinnen, führt;

Die Führung der KPČ richtet nicht die Aufmerksamkeit ihrer Parteikader auf die Gefahr des Anwachsens des Kulakentums und rutscht auf diese Weise auf die Position der antimarxistischen Vorstellungen von der 'Spontaneität' der sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande.⁹³

Und so belegen die angeführten Textfragmente, daß im Frühjahr 1948, kurz nach den Februarereignissen, die der KP das Machtmonopol verschafft hatten, in Moskau eine äußerst kritische Einschätzung aller Hauptaspekte des politischen Kurses der KPČ und ihrer Führung erfolgt war.

Zu dieser Zeit analysierte die Abteilung Außenpolitik auch die politische Linie der polnischen KP. Am 5. April 1948 wurde das Dokument "Über antimarxistische ideologische Konstellationen der Führung der PPR [Polnische Arbeiterpartei, die Verf.],"⁹⁴ unterschrieben von Baranow, N. Puchlow, W. Owtscharow, an den Sekretär des ZK der WKP(B), Suslow, geschickt. Darin wurden die Grundrichtungen der politischen Tätigkeit der PPR-Führung einer Kritik unterzogen. Ihren Schwerpunkt legten die Autoren wiederum auf die Probleme des "Nationalismus". Das erste Kapitel lautet: "Der polnische Marxismus als Ausdruck des polnischen Nationalismus".

Der Führung der PPR wurde vorgeworfen, daß sie nicht nur den Nationalismus nicht bekämpft, sondern selbst in dieser Frage nationalistische Positionen einnimmt. Nach Meinung der Autoren war "die Frage nach dem grundsätzlichen Unterschied in der Entwicklung Polens und der der Sowjetunion der Ausgangspunkt für die Angleichung der Parteilinie an den Nationalismus".⁹⁵

Zur Untermauerung dieser These sollte die oben bereits erwähnte Rede W. Gomulkas dienen, die er am 30. November 1946 auf einer Sitzung des Warschauer Parteiaktivs der PPR und PPS (Polnische Sozialistische Partei) gehalten hatte. In dieser begründete er die Spezifik des polnischen Weges zum Sozialismus. Mit dem Verweis auf die Möglichkeit eines friedlichen Entwicklungsweges für Polen, provozierte er nun eine heftige Reaktion seitens des ZK der WKP(B): "In dem Bestreben, einen friedlichen, evolutionären Entwicklungsweg für Polen aufzuzeigen, geht W. Gomulka sogar so weit, zu behaupten, daß 'zum Zeitpunkt der Befreiung des polnischen Bodens die staatliche Macht sozusagen greifbar nahe war'. Wie aus den Argumenten W. Gomulkas ersichtlich ist, unterschätzte er *die alles entscheidende Rolle der Sowjetunion und der Sowjetarmee*, die die günstigen Voraussetzungen für einen Sieg der Kräfte der polnischen Demokratie über die Reaktion und für die Stärkung des demokratischen Aufbaus in Polen erst geschaffen hatten [...]."⁹⁶ Jene Charakteristik zur Periode der Errichtung eines demokratischen polnischen Staates benötigte W. Gomulka offensichtlich zum Beweis des friedlichen, evolutionären Entwicklungsweges zum Sozialismus. Aus diesem Grunde entwickelt er auch die These, Polen brauche die Etappe der Diktatur des

93 Ebenda, Bl. 67-70.

94 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1161, Bl. 1-19.

95 Ebenda, Bl. 3.

96 Ausgelassen ist der Text, der den scharfen Klassenkampf in Polen und Beispiele des Kampfes charakterisiert.

Proletariats nicht [...].⁹⁷ Auf dem Hintergrund der Überzeugung, Polens Entwicklung unterscheide sich grundsätzlich von der der Sowjetunion, wurde 'die Theorie des polnischen Marxismus' geboren, die die Anpassung an den Nationalismus und die nationalistischen Tendenzen in der Führung der polnischen KP rechtfertigen sollten."⁹⁸

"Das Wesen des polnischen Marxismus" besteht nach Meinung der Autoren dieses Dokuments "in der Teilung der einheitlichen, gesamtheitlichen Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin und in der Nichtbeachtung der Rolle und der Bedeutung der Lehre von Lenin und Stalin für Polen. "Das erlaubt uns zu sagen, daß die Führung der polnischen KP nur formal die 'marxistische Theorie' anerkennt, weil es ohne die Lehre von Lenin und Stalin keinen schöpferischen Marxismus gebe. Die Führung der polnischen KP entwaffnet die Partei ideell, weil sie den Weg des bewußten Totschweigens der Bedeutung der Lehre Lenins und Stalins beschreitet und den theoretischen Ideengehalt sowie die praktische Erfahrung der bolschewistischen Partei im Kampf um die Massen und um den Aufbau des Sozialismus faktisch bestreitet. Das Fehlen dieser revolutionären Theorie und die Neigung der Führung der polnischen KP zum Nationalismus erzeugt ernsthafte Besorgnis um die weitere politische Linie und die praktische Tätigkeit der polnischen KP und um das Aufkommen der Gefahr des Entartens einzelner Kettenglieder der Partei. 'Der polnische Marxismus', der sich berufen fühlt, den polnischen Nationalismus zu rechtfertigen, fügt auch der Annäherung des polnischen und des sowjetischen Volkes ernsthaften Schaden zu, da sie sich nicht annähern, sondern sogar voneinander entfernen [...]."⁹⁹

Auch in der polnischen Armee schlagen sich die nationalistischen Bestrebungen der Führung der polnischen KP nieder. Das kommt darin zum Ausdruck, daß man aus der polnischen Armee die sowjetischen kommunistischen Offiziere entfernen will, daß man das Eindringen von Informationen über die UdSSR zu verhindern weiß, daß man die große Befreiungsmission der Sowjetarmee im letzten Krieg und bei der Befreiung Polens verwässern läßt [...]."¹⁰⁰

Der zweite Abschnitt, "Die Anpassung der Ideologie der PPR an die Ideologie der PPS in der Frage der Einheit der Arbeiterklasse", stützt sich auf eben jenes Postulat - auf die Abspaltung des "polnischen Marxismus" von der "Lehre Lenins und Stalins und vom theoretischen Ideenreichtum der bolschewistischen Partei", womit "allen Gruppierungen der PPR" und der PPS, "außer den ganz rechten Elementen", gedient ist.¹⁰¹ Die Hauptgefahr wurde darin gesehen, daß die Führung der PPR in ihrem Bestreben, sich der PPS anzunähern, ihr den "Vorrang in der Frage Sozialismus läßt", so daß "eine solche Ideologie, wie sie von den Führern der PPR vertreten wird, es noch schneller ermöglicht, die ideologischen Ansichten der PPR und der PPS zu nivellieren".¹⁰²

97 Ausgelassen sind konkrete Zitate aus den Reden Gomulkas und anderer Parteifunktionäre.

98 Ebenda, Bl. 4f.

99 Ausgelassen ist der Text mit einer Kritik an dem theoretischen Journal der polnischen KP "Nowe drogi".

100 Ebenda, Bl. 6-8. Ausgelassen sind Beispiele zu Erscheinungsformen "nicht freundschaftlichen" Verhaltens gegenüber sowjetischen Offizieren in der polnischen Armee vonseiten Generals M. Sychalskis und anderer.

101 Ebenda, Bl. 11.

102 Ebenda.

Der dritte Abschnitt des Dokuments wurde "Nachtrabpolitik¹⁰³ der PPR in Theorie und Praxis der Bauernfrage" genannt. Der Hauptvorwurf, der an die Adresse der PPR-Führung ging, war die Absage an den Aufbau der Kolchosen auf dem Lande. Die Autoren werteten das als "Negierung der Anwendbarkeit der Lehre Lenins und Stalins, die Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau für Polen zu nutzen".¹⁰⁴

"[...] ¹⁰⁵ Die Führer der PPR, die die Schaffung von Kolchosen in Polen nicht einmal in Aussicht stellten, können *überhaupt kein* Programm zur Entwicklung von Kooperativen in Verbindung mit der sozialen Umgestaltung des Dorfes erarbeiten. Das ist das Ergebnis dessen, daß sie unter dem Einfluß der Reaktion und unter dem Druck ihrer Verbündeten von der PPS die Kolchosen nicht wollen, nachdem sie erklärt hatten, 'Kolchosen sind politisch und wirtschaftlich schädlich' (W. Gomulka), weiter auf ihren Positionen verharren. Sie können, polemisierend mit der PPS, nichts Wesentliches zu den Perspektiven der Entwicklung von Kooperativen und zu ihrer großen Rolle bei der sozialen Umgestaltung des polnischen Dorfes sagen [...].¹⁰⁶ Das Fehlen einer klaren Perspektive in der Bauernfrage kann zur Schwächung nicht nur des politischen, sondern auch des organisatorischen Einflusses der PPR auf dem Land sowie zur Schwächung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Bündnis der Arbeiter- und Bauernschaft führen und auch zur Perspektivlosigkeit dieses Bündnisses."¹⁰⁷

Das Dokument endet mit der Schlußfolgerung: "Alles Obengesagte zeigt die Fehlerhaftigkeit der theoretisch-ideellen Einstellung der Führung der PPR und das Vorhandensein einer deutlich ausgeprägten nationalistischen Neigung der Partei. Das Bestreben, die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin durch den 'polnischen Marxismus' zu ersetzen, und auch die nationalistische Praxis (Presse, Armee) einiger Funktionäre der PPR beweisen, wie tief der Nationalismus in die Partei eingedrungen ist. Das Ignorieren der Lehre von Lenin und Stalin und die Neigung der Führer der PPR zum Nationalismus führen zur ideellen Entwaffnung der Partei. Beweis dafür ist die Annäherung der Ideologie der PPR durch ihre Führer an die sozialdemokratische Ideologie der PPS; dafür spricht aber auch das Nachtraben in der Bauernfrage, in der der PPR ein perspektivisches Programm für das Dorf fehlt."¹⁰⁸

Die zitierten geheimen Dokumente der ZK-Abteilung Außenpolitik, die in ihnen enthaltenen stereotypen "Anschuldigungen" an die Führungen der kommunistischen Parteien Jugoslawiens, Ungarns, der Tschechoslowakei und Polens sowie der aggressive Ton lassen keinen Zweifel aufkommen, daß Moskau in den Jahren 1947 und 1948 im Ausland eine breit angelegte Repressionspolitik verfolgte. Sie sollte offensichtlich die meisten (wenn nicht alle) kommunistischen Parteien Osteuropas erfassen. Der sowjetisch-jugoslawische Konflikt, der sich im Frühjahr/Sommer 1948 entfachte, war im Grunde nur ein Bestandteil im allgemeinen Plan, den kommunistischen Parteien der osteuropäischen Länder das Diktat des ZK der WKP(B) aufzuzwingen mit dem Ziel, deren politischen Kurs zu vereinheitlichen und die ge-

103 Im Original "Chwostizsm".

104 Ebenda, Bl. 15.

105 Ausgelassen ist der Teil des Auftritts Gomulkas auf der Sitzung in Sklarszka Poreba, in dem es um das polnische Dorf geht.

106 Ausgelassen ist die noch einmal angeführte These, die PPR sei von der "Lehre Lenins und Stalins" abgewichen.

107 Ebenda, Bl. 19.

108 Ebenda.

samte Machtfülle in die Hände derjenigen Anhänger zu legen, die den forcierten Übergang zum sowjetischen Kurs befürworteten.

Bei der Realisierung dieses Planes stieß die sowjetische Seite zunächst auf unerwarteten Widerstand. Das ZK der KPJ wollte sich dem Diktat Moskaus nicht beugen.¹⁰⁹ Die KPJ-Führung nahm zwar die Moskauer Anschuldigungen bezüglich der ideologisch-theoretischen Versäumnisse an, verwahrte sich aber scharf gegen den erniedrigenden Ton: Der Mitarbeiter Moschetow, der Tito und Kardelj einen zweiten Brief des ZK der WKP(B) überbracht hatte, schrieb in einer Berichtsnotiz für Suslow unter anderem: "Am 21. Mai empfing Tito allein. Er schloß alle Türen und Fenster und bat mich an den Tisch. Indem er mir den Antwortbrief aushändigte, sagte er: '[...] Aus einer Reihe von Gründen sehen wir uns außerstande, unsere Frage auf der Sitzung des Inforbüros zu erörtern. Wir meinen, daß wir in einer Reihe von Fragen nicht nur nicht schlechter sind als andere, die uns beflissen kritisieren und uns Moral predigen. Ich meine die Ungarn, Tschechen, Rumänen. Als hätten wir mehr kapitalistische Elemente als sie. Als hätten sie weniger Kulaken als wir [...]. Haben wir etwa weniger Blut vergossen im Kampf gegen den Feind auch jener Länder, deren kommunistische Parteien uns jetzt belehren wollen? Wir sind nicht gegen Kritik, aber sie muß gerechtfertigt und prinzipiell sein. Für uns ist sehr beleidigend, daß in dem Brief viele Tatsachen verallgemeinert worden sind, obwohl man noch viel mehr Fakten anführen könnte, für die man uns kritisieren könnte [...]. Unser Volk ist stolz - das wissen wir; es hat viel gekämpft, und nicht nur im letzten Krieg. Das darf man nicht vergessen.

Schon aus diesen Erwägungen wäre es nicht zweckmäßig, unsere Differenzen auf einem breiten Forum auszutragen [...]. Richtiger wäre es, die Lösung all dieser Fragen zwischen unseren beiden Parteien zu suchen [...]. Gut wäre es, wenn zwei bis drei Mitglieder des ZK zu uns kämen, wir alle Fragen an Ort und Stelle klärten und danach entschieden, was richtig ist und was nicht."¹¹⁰

Die Absage der Führung der KPJ, zu einer "Anhörung der jugoslawischen Angelegenheit" vor das Kominform zu kommen,¹¹¹ führte zu wesentlichen Korrekturen in der Taktik des ZK der WKP(B). So wurde jetzt offenbar nicht mehr die Taktik der totalen "Säuberung" der gesamten Führung verfolgt, sondern die ideologische Diskreditierung und die Entfernung einzelner Funktionäre: W. Gomulka, G. Husák, T. Kostow, L. Rajk, L. Pătrăşcanu u.a. Vergehen nationalistischer Abweichungen und konstruierte Verbindungen zu Tito mußten dafür

109 Siehe ausführlicher Girenko, Stalin und Tito, a.a.O.; Gibianski, L. J.: Am Anfang des Konflikts: Balkanknotenpunkt, in: Die Arbeiterklasse und die heutige Welt. Nr. 2 (1990) [russ.]; ders.: Zur Geschichte des sowjetisch-jugoslawischen Konflikts. 1948-1953: Das geheime sowjetisch-jugoslawisch-bulgarische Treffen am 10. Februar 1948 in Moskau, in: Die sowjetische Slawistik, Nr. 3/4 (1991), Nr. 1/3 (1992) [russ.].

110 RZAEDNG, Fonds 17, Bestand 128, Mappe 1163, Bl. 72-73.

111 RZAEDNG, Fonds 77, Bestand 3, Mappe 103, Bl. 3, 5. Ende Mai/Anfang Juni 1948 benachrichtigte die sowjetische Seite Gomulka, Gottwald, Dimitrow, Dej, Togliatti, Thorez und Rákosi über die bevorstehende Sitzung des Kominform, wobei sie als Tagungsort "die südliche Ukraine, die nach Meinung des ZK der WKP(B) für die Mehrheit der kommunistischen Parteien günstig sein müßte", vorgeschlagen hatte. Aber bis Mitte Juni war die Frage des Tagungsortes immer noch offen. Im Entwurf eines Briefes Stalins, verfaßt am 14. Juni 1948, wurde den Jugoslawen vorgeschlagen, in Bukarest zu erscheinen, sich an das ZK der rumänischen Arbeiterpartei, den Genossen Dej zu wenden, um die Order für den Tagungsort des Inforbüros zu erhalten.

herhalten, daß sie versucht hatten, die Konzeption der "nationalen Wege zum Sozialismus" zu realisieren.

Aber eine Analyse zu dem Problem der politischen Repressionen in der kommunistischen Bewegung Osteuropas in den 40er und 50er Jahren ist bisher von der russischen Geschichtsschreibung nicht vorgenommen worden und bleibt eine der dringlichen Aufgaben.